

Für Räte­macht und Revolution!

KLASSENKAMPF

Nummer 43 | Mai 2021 | 2,-

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution

8. März:

Internationaler Frauentag

18. März 2021:

150. Jahrestag der Ausrufung der Pariser Commune



**Editorial: MAN
Steyr zeigt
Doppelbödigkeit
der Kapitalist*innen**

Weil die Profite nicht mehr hoch genug sind, nimmt das Kapital die Verwüstung einer ganzen Industriergion in Kauf.

Seite 2

**Gegen Coronazis,
Esoteriker - und
gegen Kurz & Co**

Dass man im 21. Jahrhundert für die Verteidigung der Wissenschaft aufstehen muss zeigt, wie verkommen der Kapitalismus wirklich ist.

Seite 5

**Myanmar: Für den
revolutionären Sturz
der Militärjunta**

Eine Resolution des CoReP (Kollektiv Permanente Revolution) analysiert die Hintergründe des reaktionären Militärputschs.

Seite 18

GRUPPE
Für Räte­macht
und Revolution
KLASSENKAMPF

ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

Erklärung der Gruppe Klassenkampf zum 1. Mai 2021:

Jetzt sozialistische Antworten geben!

146.761 Langzeitarbeitslose in Österreich, 487.000 Menschen in Kurzarbeit. 10.126 Tote durch COVID 19 in Österreich, 605.510 Coronainfizierte. Die Intensivstationen weitgehend ausgelastet, das Pflegepersonal schon weit jenseits des körperlichen und psychischen Limits. Kinder, Eltern und Lehrer*innen, die vielerorts aus eigener Kraft versuchen, sich Wissen anzueignen oder zu vermitteln und ein Unterrichtsministerium, das die Zeit der Lockdowns nicht genutzt hat, um irgendwelche sinnvollen Schritte in der Schulpolitik vorzubereiten, geschweige denn umzusetzen. Ein Bundeskanzler, der Zeit seines Lebens in erster Linie Politfunktionär war, spricht vom „Licht am Ende des Tunnels“ und kündigt großspurig einen „Sommer der Normalität“ an. Steigende Inzidenz- und Infektionszahlen im Vorzeigeland Vorarlberg, was Corona-Erkrankungen betrifft? Das kratzt Sebastian Kurz nicht, er hätte sich Schlimmeres erwartet.

Die tendenzielle periodische kapitalistische Wirtschaftskrise fiel im vergangenen Jahr mit der Coronakrise zusammen. Die Logik eines auf privater Profitaneignung beruhenden Systems zeigt Tag für Tag aufs Neue, dass die Kapitalist*innen bedenkenlos Gesundheit, soziale Absicherung und Zukunftsperspektiven der lohnabhängigen und lernenden Jugend und Bevölkerung aufs Spiel setzen, um trotz Krise ihre Gewinne einstreifen zu können. Im Februar vorigen Jahres waren die Gewinne der Tiroler Seilbahnbetreiber wichtiger als die Eindämmung der Pandemie; kein Wunder, die Tourismusindustriellen sind potente Geldgeber*innen der türkisen Führung; Lockdowns brachten nichts, weil die Lohnabhängigen in der Freizeit eingesperrt und isoliert wurden, zum Hackeln aber hinaus mussten; Kurz und sein Kabinett nutzten die Gunst der Stunde, um ihren autoritären Kurs noch schneller und brutaler durchzuziehen. Bedauerlicherweise machte die Coronakrise aber ihrem wichtigsten strategischen Ziel, der weitgehenden Zurückdrängung von Gewerkschaften und Betriebsrät*innen, einen Strich durch die Rechnung. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hatte nichts Besseres zu tun als sich dem „Team Austria“ anzuschließen und bei den KV-„Verhandlungen“ in der Sozialwirtschaft und bei den Handelsangestellten „maßvollen“ Ergebnissen zuzustimmen. Das Wohlbefinden der (kapitalistischen) Wirtschaft war wichtiger als die Verteidigung der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder.

Unfähig, eine wirkliche Pandemiebekämpfung zu organisieren, setzte die türkis-grüne Regierung auf Angstparolen, gefolgt von haltlosen Versprechungen und neuen Schreckensszenarien. Hemmungslos wurde mit Verordnungen regiert, ohne Rücksicht, ob diese verfassungskonform wären oder nicht. So schlitterte das Land in die paradoxe Situation, dass sich plötzlich die extrem reaktionäre, faschistisch versifft FPÖ zur Hüterin der „Freiheit“ aufschwang. Die Freiheit, die sie meinen, ist die Freiheit des egoistischen Eigennutzes, der Rücksichtslosigkeit auf Kosten der Masse der Bevölkerung. Kein Wunder, dass sich bei den Demonstrationen der COVID-Leugner*innen eine braune Sauce aus Esoterik, Faschismus und Klerikalismus, vermischt mit viel Alkohol, auf die Straßen des Landes ergießt.

Die SPÖ, die seit Jahrzehnten durch „Sozialpartnerschaft“ ver-

sucht hat, den Kapitalismus sanfter zu machen und reformistisch zu behübschen, ist in der Krise in der Krise. Im Kern haben immer noch wesentliche Teile der lohnabhängigen Bevölkerung ihr Kreuz bei der SPÖ gemacht – aber noch mehr haben sich von ihr als Folge vieler enttäuschter Hoffnungen abgewandt. Nachgeben, Liebäugeln mit einer neuen „Großen Koalition“ oder einer Koalition mit VP und NEOS wird noch mehr Menschen in die Arme der FPÖ treiben, die sich als die national-soziale Alternative zur undurchschaubaren Welt der „Globalisierung“ maskiert. Die Grünen, in erster Linie eine Partei des städtischen Kleinbürgertums, ist zum Wurmfortsatz der Kurz-Bürgerpartei geworden. Dass das nicht nur hemmungslose Posten- und Pfründejäger sind, zeigt ihr Schutzpatron Wolfgang Sobotka. Dessen jüngster Vorstoß in die Richtung, die Wahrheitspflicht für Zeugen in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zu kippen, zeigt, dass diese politische Clique das parlamentarische System in Wirklichkeit schon abgeschrieben hat.

Die Unternehmer*innen und ihre politischen Vertretungen wollen uns arbeitende Menschen für die Krise zahlen lassen. Das können wir nur verhindern, wenn wir uns zur Wehr setzen – durch Klassenkampf. Machen wir in den Gewerkschaften und allen Parteien, die sich auf die Traditionen der Arbeiter*innenbewegung berufen, Druck für folgende Forderungen:

• **Statt Kurzarbeit, Kündigungen und Betriebsschließungen – Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich! Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände! Enteignung von Betrieben, die ihre Standorte in Billiglohnländer verlagern wollen, unter Arbeiter*innenkontrolle! Offenlegung der Geschäftsbücher!**

• **Anpassung der Löhne an einen von den Lohnabhängigen selbst erstellten Warenkorb! Sofortige Anhebung der Löhne der weiblichen Lohnabhängigen an die Löhne der männlichen Arbeiter! Menschenwürdiger Wohnraum für alle, Beschlagnehmung leerstehender Wohnräume und Bürohäuser unter Kontrolle von Arbeiter*innen- und Nachbarschaftskomitees!**

• **Sofortige Erfüllung der Lohn- und Sozialforderungen der Beschäftigten im Sozialbereich! Enteignung aller Privatkliniken und Unterstellung unter die Kontrolle von Räten der Beschäftigten im Gesundheitsbereich!**

• **Enteignung der Pharmakonzerne unter Arbeiter*innenkontrolle! Kein Profit mit unserer Gesundheit – Impfstoff für alle!**

• **Gegen die reaktionäre Mobilisierung der Straße – Arbeiter*innenselbstverteidigung gegen Faschisten und Polizeiübergriffe!**

• **Schluss mit der Hetze gegen Migrant*innen! Keine Zurückweisung von Geflüchteten! Schluss mit Abschiebungen! Auflösung von Frontex!**

• **Für internationale Solidarität! Weltweite kostenlose Verteilung von Impfstoffen und Medikamenten! Für Arbeiter*innenmacht! Für die Weltföderation der Sozialistischen Staaten!**

MAN-Steyr – Der doppelte Boden der Kapitalisten

Tradition

Das traditionsreiche Werk in Steyr, Produktionsstätte für den deutschen MAN-LKW-Hersteller aus dem VW-Konzern steht seit Ende September 2020 in den (Wirtschafts)schlagzeilen, seit von MAN angekündigt wurde aus „absolut notwendigen“ Einsparungsgründen Werke schließen und Arbeitsplätze vernichten, pardon: abbauen, zu müssen.

Steyr, das ist die erste Industriestadt in Oberösterreich gewesen, wo seit dem Spätmittelalter Erz, das aus der Obersteiermark kam, weiterverarbeitet wurde. Das ist dort, wo im 19. Jh. mit der Österreichischen Waffenfabriks-Gesellschaft einer der größten Rüstungskonzern Europas entstanden ist. Dann nach dem 1. Weltkrieg stellte man auf Automobilproduktion um. Am 12. Februar 1934 waren die Steyrer Arbeiter unter den ersten, die nur wenige Stunden nach Ausbruch der Kämpfe in Linz zu den Waffen griffen, um sich den Austrofaschisten zu widersetzen. Der Industriestandort Steyr profitiert von der Kriegsindustrie des Nationalsozialismus. Nach dem Krieg ist Steyr ein wesentliches Zentrum des vom ÖGB verratenen Oktoberstreiks von 1950, in dem sich die Arbeiter*innen gegen ein von der Gewerkschaft ausgehandeltes Lohn-Preis-Abkommen wehrten, das deutliche Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln und Heizmaterial bedeutet hätte. In den 80er Jahren, als die verstaatlichte Industrie in die Krise gerät, werden Betriebe filetiert und an Kapitalisten verkauft. Letztlich wird der Standort in Steyr zu einer Produktionsstätte von MAN und stellt LKWs und E-Motoren her.

Vielleicht war Mitte Oktober, als eine Protestkundgebung von mehreren Tausend Menschen am Steyrer Stadtplatz stattfand, etwas von dieser traditionsreichen Arbeiterbewegung zu spüren, jedenfalls aber war der Zorn auf die Konzernspitze in Deutschland und die Geschäftsführung in Österreich zu nehmen. Und es wurde ein Streikabschluss durch die Belegschaft gefasst.

Doppelter Boden I

Kaum jemand in der Belegschaft hat zum Zeitpunkt der Entscheidung des deutschen Konzernmanagements Ende September 2020 mit einer Vernichtung der Arbeitsplätze gerechnet: das Werk in Steyr ist nach marktwirtschaftlichen Kriterien profitabel, liefert jährlich Gewinne an den Konzern. Es wurde erst vor einhalb Jahren 60 Millionen in eine neue Lackieranlage investiert und MAN hat immer wieder Investitionszuschüsse von der öffentlichen Hand bekommen, zuletzt 2017 1/3 von 10 Millionen, die in die Entwicklung von E-Motoren gesteckt wurden.

Die ultimative Absicherung ihrer Arbeitsplätze – so wurde es den Arbeiter*innen verkauft – war aber der Abschluss eines sogenannten Standort- u. Beschäftigungssicherungsvertrages zum Jahreswechsel 2019/20. Dieser sollte den Standort bis 2030 sichern. Und er war als Gegenleistung gedacht, weil die Belegschaftsvertretung einer „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit zugestimmt hatte. Nur 9 Monate später kündigte der MAN-Vorstand diesen Vertrag auf und die von Gewerkschaftsvertretern projizierte Hoffnung, dass daraus Schadenersatzansprüche für die einzelnen, ihren Arbeitsplatz verloren habenden Arbeiter*innen, entstehen würde, wischt der prominente Arbeitsrechtler von Türkisen Gnaden, Wolfgang Mazal, vom Tisch: der Vertrag ist in dieser Hinsicht das Papier nicht wert, auf dem er steht. „Pacta sunt servanda“ (Verträge sind einzuhalten) gilt im bürgerlichen Rechtsstaat nur dann, wenn es für das Kapital von Vorteil ist. Papiere und Verträge sind in solchen Fällen einfach das Opium für die Arbeiter*innen und am Ende ist es einzig das nackte Profitinteresse, das im Verhältnis zwischen Kapitalist*innen und Arbeiter*innen zählt.

So wird das Interesse der Belegschaften entweder im Zusammenspiel mit dem Kapital oder aus naiver Dummheit von Betriebsräten, die im Aufsichtsrat der Konzerne sitzen und ein Zifaches eines Arbeiter*innenlohns verdienen, verraten.

Für die Kapitalist*innen ist es jedenfalls ein doppeltes Spiel mit garantiertem Gewinn.

Doppelter Boden II

Als der MAN-Vorstand den Produktionsstandort Steyr am 30.09.2020 „zur Disposition“ gestellt hatte, dauerte es nicht lange und es tauchte der typische „Investor“ auf, in diesem Fall Siegfried Wolf. Er, bekannt als früherer Manager des milliardenschweren Magna-Konzerns vom Parade-Kapitalisten Frank Stronach, verstärkte sich marketingtechnisch mit einem Sprachrohr namens Joe Kalina, ehemals Bundesgeschäftsführer der SPÖ unter Alfred Gusenbauer. Man versucht die „Sozialpartnerschaft“, die Kollaboration zwischen SPÖ und Kapital, auch auf dieser Ebene nachzubilden, um den Eindruck der gesellschaftlichen Notwendigkeit zu erzeugen.

Und natürlich zeigt die Kompassnadel im Falle Wolf auch ganz klar in Richtung Türkis: Wolf hat schon frühzeitig auf den Junghengst Sebastian Kurz gesetzt und 2017 das Trommelfeuer auch aus dem Lager der Industrie auf Reinhold Mitterlehner eröffnet, im Raum stehen Spenden an die Neue ÖVP über Umgehungsstrukturen. Umgekehrt wollte Kurz, dass Wolf Aufsichtsratschef in der ÖBAG werden sollte, wie wir aus den Chat-Protokollen wissen.

Der bürgerliche Staat und seine politischen wie wirtschaftlichen Stakeholder (Anspruchsgruppen, Teilhaber - ein Begriff aus der Managementsprache) sind also in dieser Tragödie am Rücken der Arbeiter*innen in ihre jeweiligen Rollen geschlüpft.

Jedenfalls verhandelte MAN sodann ausschließlich mit diesem einen Investor, dessen Konzept offenkundig auf Kontakten zu russischen Wirtschaftskreisen besteht, während man Interessenten, die einen Transformationsprozess Richtung „grüner Technologien“ im Fokus haben, beiseite ließ.

Die Belegschaftsvertretung entschied sich sehr bald, ein allfälliges Verhandlungs-

ergebnis einer Urabstimmung zu unterziehen, und tatsächlich wurden am 26.03.2021 im Rahmen einer Betriebsversammlung den MAN Mitarbeiter*innen die Vorstellungen des Investors Siegfried Wolf vorgestellt.

Bei dieser Präsentation wurde bekannt, dass vorgesehen sei, 1 000 Arbeitsplätze komplett zu streichen, die verbleibenden Mitarbeiter*innen sollten auf 15% netto Einkommen verzichten, dazu kämen arbeitsrechtliche Verschlechterungen durch Wegfall diverser Betriebsvereinbarungen.

Trotz gewaltigen Drucks, der aufgebaut worden war – entweder Zustimmung zum Investor Wolf oder Schließung des Werks – lehnte die Belegschaft bei der Urabstimmung am 07.04.2021, bei einer Beteiligung von 94% mit 63,9% Nein-Stimmen das Wolf-Konzept klar ab.

Diese „doppelte Buchführung“, weitere und noch höhere Gewinne als bisher für den Investor, Arbeitsplatzverlust und Lohneinbußen für die Arbeiterschaft, dieser letztlich doppelte Boden einer plumpen Verschaukelung der Interessen der Belegschaft und der Versuch, die Beschäftigten zu entsolidarisieren, funktionierte nicht und Herr Wolf ist verschnupft, will nicht nachbessern und gegen die Mehrheit der Belegschaft auch nicht einsteigen.

Macht, die man tatsächlich hat und anwendet, wirkt.

Politische Meinungen im bürgerlichen Staat

Pamela Rendi-Wagner, Parteichefin der SPÖ, fordert zur Erhaltung der Arbeitsplätze eine 20% Staatsbeteiligung über die Staatsholding ÖBAG zur Erhaltung der Arbeitsplätze und des Knowhows in der Region, ÖVP und NEOS sprechen demgegenüber von sozialistischen Methoden und der Notwendigkeit Unternehmensabgaben zu senken, während FPÖ-Kickl in falscher Solidarität Unterstützung der Arbeiterschaft bekundet. Von den Grünen hört man gar nichts, was wohl am mangelnden Gefühl für Klassenfragen liegen dürfte.

Arbeitsminister Kocher und Wirtschaftsministerin Schramböck schwurbeln von Gesprächen hinter den Kulissen und die Landespolitik, in Form des Wirtschaftslandesrates von der ÖVP, sieht „Informationsdefizite“ zwischen den Arbeiter*innen und den Angestellten und versucht hier versteckt einen Keil in die Belegschaft zu treiben.

Offene Worte kommen vom ÖVP-Wirtschaftsbund: Der ortet die Ursache allen Übels

bei MAN in den „hohen Lohnnebenkosten“ die natürlich gesenkt gehörten, ebenso, wie man die Unternehmer „stärker fördern“ müsse.

Immerhin zeigt die SPÖ in Person von Pamela Rendi-Wagner Interesse am Schicksal der Arbeiter*innen und war sie auch bei der Kundgebung im Oktober vor Ort. Trotzdem sind die vorübergehenden Staatsbeteiligungsmodelle unzureichend, ein Haschen nach dem Rockzipfel einer früher durch die SPÖ gelebten Arbeiter*innen-Solidarität. Letztlich bleibt man aber im System des bürgerlichen Staates und der Kollaboration mit dem Kapital gefangen.

Das Staatsbeteiligungsmodell der SPÖ ist ein Schatten der traditionellen, vom bürgerlichen Ökonomen John Maynard Keynes entwickelten Wirtschaftskonzepte: Geht es dem Kapital schlecht, soll der Staat eingreifen und den Karren aus dem Dreck ziehen. Nebeneffekte wie die Sicherung von Arbeitsplätzen sind möglich, aber nicht das Hauptziel. Die SPÖ bietet maroden Kapitalist*innen oder denen, die mit Betriebsschließungen drohen, eine von den Lohnabhängigen mitfinanzierte Kapitalspritze an.

....und wie es Marxist*innen sehen

In diesem Moment, wo die Arbeiter*innen des Werkes in Steyr nichts zu verlieren haben als die Ketten der kapitalistischen Ausbeutung, wäre es notwendig, eine politische Partei, eine Führung der Arbeiterschaft, zu haben, die den Anstoß gibt, sich der Produktionsmittel, sich der gesamten Fabrik zu bemächtigen, nicht mehr auf die letztlich kollaborierenden Funktionäre der Gewerkschaft oder des im Aufsichtsrat sitzenden Betriebsrates zu warten, sondern mit einem Besetzungstreik zu beginnen und von den Arbeiter*innen einen Fabriksausschuß wählen zu lassen. So würde sehr plakativ die Frage gestellt werden, wer Herr im Betrieb ist: die Produzierenden oder die Kapitalisten.

Eine der ersten Maßnahmen einer Arbeiterkontrolle des Betriebes müsste es sein, einfach die Einnahmen und Ausgaben des Unternehmens zu ermitteln, zu zeigen, wer den Mehrwert der Produktion erhält und dies öffentlich zu machen. In Zeiten der social media würde das wohl wie ein Lauffeuer um sich greifen. Diese Offenlegung der Geschäftsbücher ist eine unbedingte Voraussetzung dafür, den Betrieb vollständig unter Arbeiter*innenkontrolle zu stellen.

Die Gewerkschaftsbürokratie würde sich dem widersetzen und sich auf die Seite des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen

schlagen. Eine politische Führung der Arbeiter*innen müsste sodann die Solidarität in anderen Betrieben des Landes anfachen und letztlich die Gewerkschaftsführung zwingen Farbe zu bekennen: entweder mit uns oder Entfernung aus ihren Funktionen.

Ziel müsste sein, die Bewegung auszudehnen, andere Betriebe zu Solidaritätsstreiks zu bewegen und damit den Druck auf die traditionellen Gewerkschaftsführungen zu verstärken.

Eine dringliche Aufgabe wäre die Sicherung der Selbstverteidigung der bestreikten Betriebe. Gerade während der erwähnten Oktoberstreiks 1950 waren es von der Gewerkschaftsführung um Franz Olah herbeigekarrte Streikbrecher, die mit Gewalt die Streiks beendeten (natürlich geschützt von der Polizei!). Die Verteidigung des Streiks könnte auf breite Basis gestellt werden und auch die Familien der Arbeiter*innen einbeziehen, die gerade in einer Region, die faktisch von der Existenz eines einzigen Großbetriebes abhängig ist, zu den unmittelbar Betroffenen gehören.

Dies könnte zumindest eine vorrevolutionäre Periode zwischen bürgerlicher und proletarischer Herrschaft einleiten.

Gerade das Beispiel Steyr wäre unter Vorhandensein einer politisch revolutionär und klar formulierenden avantgardistischen Führung ein sehr gutes, um zu demonstrieren, dass produktive Arbeiter*innen sich gegen die Privatisierung des von ihnen geschaffenen Mehrwerts stellen und solidarisch ihre Arbeitsproduktion selbst in die Hand nehmen und verteilen können. Nicht nur in Steyr, in ganz Österreich fehlt eine politische Kraft, die den Widerstand der Arbeiter*innen vorantreiben, ausweiten und zentralisieren kann. Eine solche Kraft müsste auf dem Boden eines Programms stehen, das jede Kollaboration mit den Kapitalist*innen verbietet. Es müsste eine Kraft sein, die den Arbeiter*innen bei jedem Schritt ihres Kampfs in der Praxis zeigt, dass im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gewerkschaft keine wirkliche Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen möglich ist.

Diese politische Kraft, die revolutionäre Arbeiter*innenpartei auf marxistischer Grundlage, Teil einer neuen Revolutionären Arbeiter*inneninternationale, gilt es gegen alle Widerstände der alten Führungen der Arbeiter*innenklasse aufzubauen.

Pandemie und autoritäre Wende bekämpfen: Gegen Obskurantismus und Wissenschaftsfeindlichkeit!

„Die kumulative Zahl der bestätigten SARS CoV-2-Infektionen beläuft sich bis zum 30. Oktober 2020 auf weltweit über 45 Millionen. Die Zahl der Todesopfer in Zusammenhang mit dem Coronavirus stieg bis zu diesem Tag auf mehr als 1,18 Millionen Fälle. Das zugrunde liegende Coronavirus hat sich mittlerweile in mehr als 185 Ländern ausgebreitet. Derzeit werden aus den USA, Brasilien, Indien und Russland die höchsten Fallzahlen gemeldet. In Europa verzeichnen Italien, Spanien, Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich die meisten Corona-Infektionen.“ (Statista-Portal).

„Die kumulative Zahl der bestätigten SARS CoV-2-Infektionen beläuft sich bis zum 30. Oktober 2020 auf weltweit über 45 Millionen. Die Zahl der Todesopfer in Zusammenhang mit dem Coronavirus stieg bis zu diesem Tag auf mehr als 1,18 Millionen Fälle. Das zugrunde liegende Coronavirus hat sich mittlerweile in mehr als 185 Ländern ausgebreitet. Derzeit werden aus den USA, Brasilien, Indien und Russland die höchsten Fallzahlen gemeldet. In Europa verzeichnen Italien, Spanien, Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich die meisten Corona-Infektionen.“ (Statista-Portal).

Wir haben wiederholt, zuletzt im Editorial der Nummer 41/42 unserer Zeitschrift KLASSENKAMPF, unterstrichen, dass COVID-19 keine unvorhersehbare Naturkatastrophe ist, sondern das kombinierte Ergebnis aus imperialistischer Profitgier, der damit zusammenhängenden Naturzerstörung und der systematischen Vernichtung öffentlicher Gesundheitsdienste zugunsten privater Gesundheitskonzerne.

Weltweit dient der „staatliche Kampf“ gegen das Virus als Vorwand für den Abbau historischer demokratischer Errungenschaften der Arbeiter*innenklasse, der Stärkung der staatlichen Zwangsapparate und der Schwächung (unter Zwang oder freiwillig aus Opportunismus) der Arbeiter*innenorganisationen.

Als Marxist*innen wird unser Handeln auch während der Pandemie von den Grundsätzen der kommunistischen Moral geleitet: Wir sind solidarisch, wir nehmen Rücksicht auf unsere Kolleg*innen, wo wir können helfen wir in unserem Umfeld von der Krise Betroffenen, wir versu-

chen, durch Aufklärung andere Werktätige von der Notwendigkeit entsprechender Vorbeugemaßnahmen (Mund-Nasenschutz, Abstand zwischen Personen, Hygiene...) zu überzeugen.

Genau diese Vorbeugemaßnahmen sind heute das Einfallstor für Obskurantisten (weltliche wie religiöse), Impfgegner*innen und reaktionäre Wissenschaftsfeind*innen, die mit paradoxerweise „wissenschaftlich“ getarnten Schauergeschichten bei breiteren Schich-

Zwangsmaßnahmen gedroht wird und Vorwände konstruiert werden, um das Durchgriffsrecht von Polizei und Ameer zu stärken, hat auch der erste „Lockdown“ klar gezeigt: Gesundheitsprävention hört exakt an der Grenze auf, an der Maßnahmen das kapitalistische System insgesamt gefährden könnten. Erzwungene Quarantäne, Ausgehverbote, Besuchseinschränkungen ... Der private Alltag wird in Fesseln gelegt – aber hackeln sollen die Leute trotzdem. Auch während Lockdown I haben die wichtigsten Industriebetriebe weiter produziert, oft unter Außerachtlassung von Vorsorgemaßnahmen; die großen Handelsketten konnten (mit Einschränkungen) weitermachen, auf Kosten der meistens Teilzeit beschäftigten weiblichen Lohnabhängigen, die dazu oft noch die Belastung von schulpflichtigen Kindern zuhause bewältigen

Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab.

Friedrich Engels, 1886

ten Gehör finden. Ebenso paradox: Die Gleichen, die sich bei internationalistischen oder sozialen Protesten immer für Demonstrationsverbote ausgesprochen haben, geben sich jetzt als die größten Verteidiger der Versammlungsfreiheit und agieren generell im Namen der „Freiheit“.

Es gilt, die Notwendigkeit bestimmter Vorbeugemaßnahmen sauberlich von der Art und Weise zu trennen, wie sie die Bourgeoisie und ihre Regierungen (scheinbar) durchsetzen. Dazu gehört natürlich auch die Verteidigung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts oder des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Scheinbar durchsetzen: Wenn man davon absieht, dass in erster Linie mit

mussten; mit Kurzarbeit und Massenkündigungen wurden in erster Linie Großbetriebe entlastet, die dank „Homeoffice“ aber in der Regel weiterarbeiten konnten.

Die Seuchenbekämpfung des bürgerlichen Staates kam und kommt den imperialistischen Konzernen zugute, entzieht Teilen des Kleinbürgertums ihre Existenzgrundlage und verschlechtert die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen.

Ideologisch hat die herrschende Klasse seit Jahrzehnten eine Art „Expertokratie“ gepredigt, um die in einer sozialistischen Gesellschaft erfolgende Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung schon vorausseilend als unmöglich darzustellen. Vor mehr oder minder wichtigen Entscheidungen zaubert die Bourgeoisie immer Expert*in-

nen aus dem Hut, die jeweils die Positionen untermauern, die für die betroffenen imperialistischen Fraktionen wichtig sind: In den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts Studien, die „bewiesen“, dass Rauchen nicht schädlich sei; Studien, die vor „Umweltpanik“ warnten und erklären, dass der Klimawandel ganz natürlich und viel langsamer vor sich gehe; werbewirksame Tests über die Unbedenklichkeit von Nahrungsmittelzusatzstoffen, etc.

Coronaleugnerinnen (egal ob sie sich Querdenker, Fairdenker oder Trump nennen) führen klingende Namen von „Expert*innen“ an, um ihren Humbug glaubwürdiger predigen zu können.

Als Vertreter des dialektischen Materialismus sind wir selbstverständlich Vertreter der Wissenschaft. Wissenschaft ist mehr als die Summe vieler „Expert*innenmeinungen“. Es geht um Erkenntnisse, die mit wissenschaftlichen Methoden gewonnen, gegen andere ebenso wissenschaftlich gewonnene Positionen abgewogen werden können und die Basis für bewusstes menschliches Handeln bilden. Als Dialektiker wissen wir auch, dass sich Natur- Gesellschaft und Erkenntnis nur durch Widersprüche weiterentwickeln können. Gerade im Kampf gegen die Covid-Pandemie ist es dringend erforderlich, dass unterschiedliche wissenschaftliche Meinungen offen diskutiert werden und diese Diskussionen auch so nach außen kommuniziert wird, dass interessierte Nichtwissenschaftler*innen zumindest einen Überblick über diese Positionen gewinnen können.

Faschist*innen, „neurechte“ Bewegungen, Anthroposoph*innen, sonstige Impfgegner*innen, religiöse Fundamentalist*innen versuchen, die berechnete, aber von den Herrschenden ins gigantische aufgeblähte, Angst der Masse der werktätigen Bevölkerung vor Erkrankung und Ansteckung für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Die Methoden der Propaganda sind unterschiedlich:

- „Corona gibt es gar nicht“ – die herrschenden Klassen haben die Pandemie nur erfunden, um ihre finsternen Pläne durchzusetzen. Das ist dann oft an Verschwörungstheorien („Bill Gates will die Menschen chippen“, „Die Pharmaindustrie will alle impfen, weil das Geld bringt“) gekoppelt, die alle eine diffuse „antikapitalistische“ Stoßrichtung haben. Das ist nicht neu, auch die Nazis haben mit pseudo-an-

tikapitalistischen Parolen gegen das „rafende Kapital“ Arbeitslose und Arbeiter*innen sowie das „brave“, „schaffende Kapital“ zusammengebracht.

- Impfen ist unnötig – der „gesunde“ Mensch entwickelt genug körpereigene Abwehrkräfte. Wer's nicht überlebt war einfach zu schwach. Diese „Sozialdarwinismus“ genannte Meinung haben schon bürgerliche Ökonomen und „Wissenschaftler“ im 19. Jahrhundert vertreten, ein probates Mittel, um am Arbeitsschutz und an der Gesundheitsvorsorge zu sparen.

- Mund-Nasen-Schutz schützt nicht, „sie wollen uns den Maulkorb anlegen“. Wenn wir das Kriterium der Wissenschaftlichkeit anlegen (siehe oben) können wir sagen, dass trotz unterschiedlicher wissenschaftlicher Bewertungen in jedem Fall zumindest ein minimaler Schutz durch MNS gegeben ist. Das alleine rechtfertigt bereits die möglichst flächendeckende Verwendung von Gesichtsmasken.

- „Corona ist einfach eine etwa heftigere Grippe“ – auch hier gibt es wissenschaftlich gesicherte, evidenzbasierte Erkenntnisse, die das widerlegen. Bedauerlich gibt es auch sogenannte „Linke“, gar „Revolutionäre Kommunisten“ wie die RCIT, die einschlägigen Unfug der von einem reaktionären amerikanischen Thinktank initiierten „Great Barrington“-Erklärung weiterverbreiten.

Die reaktionären „Freunde der Freiheit“ berufen sich dann immer auf „ihre“ Expert*innen. Wenn man diese aber auf Kriterien der Wissenschaftlichkeit abklopft, bleibt in der Regel nichts übrig. Die bloße Tatsache, dass jemand „Doktor“ [irgendeiner medizinischen Richtung] ist, macht ihn nicht zum Experten für COVID 19. Oder würden Sie sich wegen einer Hüftoperation an einen Augenarzt wenden (der ist ja auch Mediziner)?

Wenn wir gegen die autoritären Maßnahmen der Bundesregierung sind, ist das nur eine scheinbare Kongruenz mit den „Querdenkern“, die sich ohne MNS zusammenrotten und Regenbogenfahnen zerreißen.

Wir haben die Politik der Regierung als eine klare Funktion der Interessen der herrschenden Klasse analysiert, die schon lange vor der Corona-Krise begonnen hat, ihre eigene Herrschaftsform der parlamentarischen Demokratie auszuhöheln und in Richtung starker Staat zu

marschieren. Wir verteidigen keine abstrakte „Freiheit“, sondern wir verteidigen alle demokratischen Errungenschaften, die den werktätigen Massen den Bewegungsspielraum verschaffen, sich der reaktionären bürgerlichen Offensive entgegenzustemmen.

Wenn heute FPÖ, THC, Herr Bonelli, die Identitären, evangelikale Sekten und andere Obskurant*innen die „Freiheit“ predigen, predigen sie die kleine egoistische „Freiheit“, die exakt bis zur eigenen Nasenspitze reicht. Ihr „Freiheitsverständnis“ ist das des egoistischen Bürger- und Kleinbürgertums. „Was meinem Profit, was meinem Wohnlehagen schadet, schränkt meine Freiheit ein“. Niemand sollte vergessen, mit welcher Vehemenz die derzeitigen potenziellen Superspreader nach Demonstrationsverböten geschrieben haben, als es um anti-rassistische, antifaschistische, soziale Aktionen ging. Da war die „Erwerbsfreiheit“ der Händler auf der Mariahilferstraße in Gefahr; als es gegen die Zerschlagung verstaatlichter Industrien, gegen Massenkündigungen ging – da war durch „sozialistische Träumereien“ die „Freiheit“ der Wirtschaft in Gefahr. Und jetzt jammern sie kläglich über „Freiheitseinschränkungen“.

Heute muss man offen aussprechen: Der Kapitalismus ist das größte Hindernis zur Bekämpfung der Pandemie. Seine Profitinteressen führen zu so massiven Eingriffen in die Natur, dass die natürlichen Lebensräume von Wildtieren immer weiter zusammenschrumpfen und damit die Möglichkeiten der Übertragung von Krankheiten auf den Menschen stetig wachsen.

Nur eine bewusst geplante Wirtschaft im Interesse der Arbeitenden kann sich so organisieren, dass die Gefahren einer Ausbreitung von Pandemien möglichst gering gehalten werden kann. Nur eine Gesellschaft, in der nicht mehr eine kleine Minderheit der überwältigenden Mehrheit mit Polizei, Aremee, paramilitärischen Banden, Milizien, wie auch immer ihren Willen aufzwingen kann, wird dafür sorgen, dass es ein kostenloses, qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem für alle gibt; in der die Menschen solidarisch und bewusst Probleme lösen können, in der der Mensch das höchste Wesen des Menschen ist.

Lockdown und Impfungen im kapitalistischen Regime

Der folgende Artikel ist die Zusammenfassung mehrerer Texte unserer Genoss*innen der Groupe Marxiste Internationale (französische Sektion des CoReP). Auch wenn Teile dieser Texte den Wissensstand bis Februar/März wiedergeben, sind sie wegen der Hintergrundinformationen und der angewandten Methode nach wie vor aktuell.

Ein Jahr nach den ersten offiziellen Fällen des Sars-CoV-2-Virus in Wuhan (China) ist die Covid-19-Pandemie global und hat bei 81 Millionen infizierten Menschen 1,82 Millionen Todesfälle verursacht. Seine Ausbreitung ist konstant und kann von der WHO und den kapitalistischen Staaten nicht unter Kontrolle gebracht werden. Im März 2020 löste seine globale Ausbreitung schlagartig eine neue Weltwirtschaftskrise aus, was im Kapitalismus an sich nichts Ungewöhnliches ist. Die Weltbank schätzt, dass in einem Jahr zwischen 88 und 115 Millionen Menschen in extreme Armut (weniger als \$1,90 pro Tag) geraten werden, während 43,6 % der Weltbevölkerung mit weniger als \$5,50 pro Tag auskommen müssen.

Ein Jahr nach den ersten offiziellen Fällen des Sars-CoV-2-Virus in Wuhan (China) ist die Covid-19-Pandemie global und hat bei 81 Millionen infizierten Menschen 1,82 Millionen Todesfälle verursacht. Seine Ausbreitung ist konstant und kann von der WHO und den kapitalistischen Staaten nicht unter Kontrolle gebracht werden. Im März 2020 löste seine globale Ausbreitung schlagartig eine neue Weltwirtschaftskrise aus, was im Kapitalismus an sich nichts Ungewöhnliches ist. Die Weltbank schätzt, dass in einem Jahr zwischen 88 und 115 Millionen Menschen in extreme Armut (weniger als \$1,90 pro Tag) geraten werden, während 43,6 % der Weltbevölkerung mit weniger als \$5,50 pro Tag auskommen müssen. Infolge der wirtschaftlichen Rezession, die durch die Pandemie angeheizt wurde, sind zig Millionen Arbeiter*innen arbeitslos geworden. Vor dem Hintergrund von Handelseinschränkungen und regionalen Kriegen wird das globale BIP im Jahr 2020 voraussichtlich um 4,6 % zurückgehen. Die Bewältigung der gegenwärtigen Pandemie ist in jedem Staat von den Interessen der Kapitalisten in jedem Land und dem Erhalt der sozialen Ordnung geleitet; die Großmächte konkurrieren untereinander beim Hochfahren des Produktionsapparates und beim Ausbau ihrer Herrschaft über die Schwächsten.

Während Forscher und Pfleger an der „Front“ vorbildliche Betriebsamkeit zeigen, sind es die Ältesten und vor allem die Ärmsten, die sterben und schwer krank werden. Ein Dutzend Impfstoffe, deren Entdeckung immense Hoffnungen weckt, von einer Handvoll großer Firmen konkurrieren auf dem Weltmarkt, alle versprechen sich Milliarden Gewinne. In der Zwischenzeit werden Milliarden von Arbeiter*innen unter mehr oder weniger effektiven, ineffizienten und oft sogar autoritären Einschränkungen ausgebeutet, ohne dass ein Zugang zu kostenpflichtigen Behandlungen und Impfungen gewährleistet ist. Angesichts der Gesundheits- und Wirtschaftskrisen muss die Arbeiterklasse die Führung übernehmen, um der kapitalistischen Dekadenz ein Ende zu setzen.

Die Fahrlässigkeit des Staates und seine Beschränkungen als einzige unwirksame Antwort

Doch innerhalb eines Jahres hat die weltweite Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Ärzten die Merkmale dieses Coronavirus aufgedeckt, das seinen Vettern Sars-CoV-1 (2003) und Mers-CoV (2012) sehr ähnlich ist. Letztere verur-

sachten in Ostasien und auf der arabischen Halbinsel Epidemien, die schließlich eingedämmt wurden. Da es damals keine „nachhaltigen“ Pandemien gab, gaben die wenigen großen Pharmafirmen, auch „Big Pharma“ genannt, die Entwicklung von unrentabel gewordenen Medikamenten auf; öffentliche Forschung wurde nicht gefördert. Seit 2003 haben das Streben nach Profit und die Unfähigkeit, wissenschaftliche Forschung zu planen, die Menschheit daran gehindert, Behandlungen und Impfstoffe gegen diesen Virustyp schnell zur Verfügung zu haben.

Wenn einige Staaten autoritäres Containment betreiben, indem sie die Lektionen früherer Epidemien wie China, Vietnam oder Südkorea durchsetzen, dann immer auf Kosten von Arbeiter*innen und Freiheitsrechten. Andere Regierungen haben ungeniert gelogen und ihre Ahnungslosigkeit offenbart, indem sie ebenfalls versuchten, die Ausbeutung aufrechtzuerhalten. In den Vereinigten Staaten, Brasilien und den meisten von den Großmächten beherrschten Staaten haben die fehlende Eindämmung und der Behandlungsbetrug (Chloroquin, Remdesivir...) die Sterblichkeit verschlimmert. Selbst in Europa sind die Regierungen, die eine großflächige Verbreitung des Virus zugelassen haben, immer noch nicht in der Lage, das Triptychon testen, isolieren, aufspüren umzusetzen.

Im Frühjahr war das Fehlen von Masken und Tests ein Zeichen für die Europäische Un-Union. Jeder kaufte auf dem Weltmarkt Masken, ein einfaches Produkt, das durch die kapitalistische Spekulation 100-mal teurer wurde! In Frankreich versicherte der Gesundheitsminister Véran am 6. März, dass „die Ver-

wendung von Masken in der breiten Bevölkerung nicht sinnvoll ist". In Italien, dem ersten Epizentrum der Kontamination, waren die Pfleger unzureichend ausgestattet, so dass die Krankenhäuser zu Brutstätten der Kontamination wurden. Sehr schnell machte der Mangel an Betten und Personal es notwendig, bestimmte Operationen und Behandlungen (insbesondere bei Krebserkrankungen) zu verschieben. Die Altenheime waren manchmal verwahrlost, wie in Spanien, wo die Krankenschwestern und Pflegehelfer nicht genügend Kittel und Masken hatten, so dass sie Müllsäcke benutzten! Viele alte Menschen starben allein, ohne Hilfe oder Pflege. Schließlich führt der Sparstift, der bei den öffentlichen Krankenhausdiensten angesetzt wurde, zu einer „Sortierung“ (Triage) der Kranken:

Der Lockdown mit Hygienevorschriften ist bis heute die einzige Maßnahme, um Leben zu erhalten, aber die kapitalistischen Staaten wenden sie falsch an, indem sie die Ausbeutung der wichtigsten Arbeiter ohne wirklichen Schutz aufrechterhalten.

Die Schwächsten und Alten haben keinen Zugang mehr zur Versorgung. Dieses Phänomen wiederholt sich in diesem Winter trotz einiger Fortschritte in der Behandlung (Sauerstoffzufuhr, Kortikoide...). Vor allem in Großbritannien und Südafrika sind die Krankenhaussysteme überlastet. In diesen Ländern drohen zwei Mutationen des Coronavirus, ähnlich wie beim Grippevirus jedes Jahr, die Sterblichkeit bedeutend zu verschlechtern.

Der Lockdown mit Hygienevorschriften ist bis heute die einzige Maßnahme, um Leben zu erhalten, aber die kapitalistischen Staaten wenden sie falsch an, indem sie die Ausbeutung der wichtigsten Arbeiter ohne wirklichen Schutz aufrechterhalten. Solange die Kontaminationsrate „akzeptabel“ ist, werden leichtere Einschränkungen getroffen: Ausgangssperren, eingeschränkte Bewegungsfreiheit, Telearbeit, wo es möglich ist, Schließungen von Restaurants, Hotels, kulturellen Einrichtungen... wie seit diesem Sommer in Frankreich. Da die Regierungen nicht in der Lage sind, die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung für die Nachverfolgung potenzieller Patienten mit großen Investitionen zu organisieren, um zu „testen – nachverfolgen –

isolieren“, sorgen sie für die Rettung großer Unternehmen und eine teilweise Entschädigung der arbeitslos gewordenen Sektoren, was zu einem Einkommensverlust für diese Arbeiter*innen führt.

In Frankreich wurde erst am Ende des Sommers eine ausreichende Anzahl von Tests durchgeführt. Aber die Fähigkeit, schnell Ergebnisse zu liefern, und die Rekrutierung von Mitarbeitern, um Patienten und ihre Kontakte aufzuspüren, war unzureichend. Seitdem konnte sich eine zweite Epidemiewelle entwickelt. Die Schulen wurden wieder geöffnet, wobei die Kinder wenig krank sind, aber bekanntlich sehr gute Überträger. Sehr bald, im Oktober, war die Epidemie außer Kontrolle geraten. Der zweite französische Lockdown wurde wie eine Farce

wiederholt: „Die Wirtschaft darf weder stocken noch zusammenbrechen! (Macron, 28. Oktober). Im Laufe des Dezembers wurde der Beifall für die Pflegekräfte durch politischen Druck zur Steigerung der Ausbeutung zum Nachteil der Arbeiter*innen ersetzt.

Forschung, Impfstoffe und Privateigentum in der imperialistischen Epoche

Seit einem Jahr befinden sich die Forschungszentren von Universitäten und Unternehmen in einem Wettlauf um Impfstoffe. Öffentliche Gelder fließen in den dominierenden Ländern, um ihre großen multinationalen Unternehmen zu unterstützen und den Kampf gegen eine Geißel zu finanzieren, die die Zirkulation und Reproduktion des Kapitals einschränkt. Hunderte von Behandlungsmethoden werden untersucht, 169 Impfstoffversuche sind im Gange. Ab November 2020 befinden sich 12 in der letzten Phase der Entwicklung (Phase 3) mit einer großen Studie mit Tausenden von Menschen. Drei Impfstoffe wurden im Dezember

2020 in bestimmten Ländern im Eilverfahren für den Markt zugelassen. Es handelt sich um Impfstoffe, die von Pfizer-BioNtech (USA/Deutschland), Moderna (USA) und AstraZeneca-Oxford (Großbritannien/Schweden) hergestellt werden.

Im Vergleich zu den anderen Impfstoffen, die die Menschheit in den letzten 140 Jahren immer häufiger verwendet hat, wurden die Impfstoffe gegen Covid-19 bereits während der Entstehung der Krankheit entwickelt. Davor dauerte es Jahrzehnte, bis diese geniale medizinische Praxis, die vom englischen Arzt Jenner entdeckt wurde, stabil und wirksam wurde. Als er 1796 feststellte, dass Bäuerinnen, die Kühe melken, nicht von den Pocken betroffen waren, nutzte er den von Rinderpocken produzierten Eiter, die Vaccinia, um sie durch Inzision und direkten Kontakt auf den Menschen zu übertragen. Mit dem aufkommenden Kapitalismus wird Jenners „Variolisierung“ ihre Erklärung finden. 1880 entwickelte Pasteur ein Mittel gegen bestimmte Bakterien (Milzbrand, Tollwut), indem er seine Kulturen altern ließ und dann versuchte, sie abzuschwächen. Als Hommage an Jenner nannte er seine Technik „Vakzin“ und die präventive Praxis, gesunde Menschen mit der abgeschwächten Mikrobe zu impfen, entwickelte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts gegen viele Krankheiten (Tuberkulose, Cholera, Tollwut, Pocken, Masern, Mumps, Röteln, Windpocken, Kinderlähmung...).

Allmählich wird der Pockenimpfstoff sicher, aber es wird noch lange dauern, bis er verfügbar ist. Erst 1979 verkündete die WHO die Ausrottung dieser Infektion, als die Herstellung von Impfstoffen und deren Verteilung an die ärmsten Bevölkerungsschichten dies ermöglichte. Darüber hinaus hat das gefährliche Verhalten von Impfstoff-Kapitalist*innen oder Regierungen während früherer Kampagnen Zweifel geschürt. Klerikale Stellen und Sekten nutzen dies aus, um den Fatalismus der herannahenden Geißel zu verbreiten. Die „naturalistische“ oder auch „ökologische“ Mode ist en vogue:

Die Idealisierung von Kindern kann dazu führen, dass sie glauben, dass auch sie ein perfektes Immunsystem haben werden, das sie „natürlich vor Infektionen“ schützt. Dies ist eine sehr optimistische Sichtweise der Natur, die vergisst, dass bis zur Entwicklung von Hygiene,

Impfstoffen und Antibiotika, als unsere einzigen Waffen gegen Mikroben noch unsere natürlichen Abwehrkräfte waren, der Mensch eine durchschnittliche Lebenserwartung von etwa fünfundzwanzig Jahren hatte, die sich von der Altsteinzeit bis zum Beginn der industriellen Revolution nur geringfügig erhöhte. Infektionskrankheiten waren bis zur „Revolution durch Pasteur“ die häufigste Todesursache (im weitesten Sinne); in Europa erreichten Ende des neunzehnten Jahrhunderts 35 % der Bevölkerung das Alter von 40 Jahren, während die Lebenserwartung heute bei etwa 80 Jahren liegt. Forscher haben eindeutig gezeigt, dass dieser jüngste Anstieg der Lebenserwartung eher die Entwicklung von Hygiene, Impfstoffen und Mittel zur Infektionsabwehr widerspiegelt als die Anpassung unseres Immunsystems durch natürliche Selektion an Mikroben, die sich mit dem Menschen mitentwickeln (Françoise Salvadori und Laurent-Henri Vignaud, „Antivax, Widerstand gegen Impfung vom 18. Jhd. bis heute“, Vendémiaire, 2019, S.211-212).

Ab Januar 2020 entwickelten drei Unternehmen, CureVac (Deutschland) sowie BioNtech und Moderna, ein neuartiges Impfstoffverfahren unter Verwendung von „Boten-RNA“, natürlichen und komplexen Molekülen, die in jedem lebenden Organismus Proteine produzieren. Andere große Konzerne auf der ganzen Welt folgen diesem Beispiel. Ihre Methode hat den Vorteil, dass sie schnell zu entwickeln ist, hat aber einen Nachteil: Sie muss bei unter -20°C gelagert werden. Die Geschichte dieser Entdeckung begann 1985, als eine 23-jährige Forscherin, Katalin Kariko, Ungarn verließ, wo die Restauration des Kapitalismus im Gange war. Sie setzte ihre Forschungen über DNA und RNA in den Vereinigten Staaten fort, ohne finanzielle Unterstützung oder Anstellung. Schließlich entwickelte sie von 2005 bis 2008 mit Drew Weissman, einem Immunologen und AIDS-Impfstoff-Forscher, eine modifizierte RNA, die zehnmal mehr Proteine produzieren kann als natürliche RNA. Aber Technologiepatente gehören nicht den Erfindern! Es ist die University of Pennsylvania (UPenn, Philadelphia), die es 2018 an CureVac, Moderna und BioNtech für jeweils geschätzte 75 Millionen Dollar verkauft! Die Startups schließen Verträge mit den Riesen der Branche: Curevac mit Bayer im Jahr 2020, Moderna mit AstraZeneca und Merck, Bi-

oNtech mit Pfizer ab 2018. Bei BioNtech ist es Katalin Kariko, die Vizepräsidentin wird und die Entwicklung des Impfstoffs leitet.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Impfung handelt es sich bei dem geimpften Antigen nicht um ein virales Protein oder ein abgeschwächtes Virus, sondern um „Boten“-Ribonukleinsäure-Stränge (mRNA), die dieses Protein genetisch kodieren. (...) Das Ziel ist es, die zelluläre Maschinerie zu „zwingen“, das virale Protein herzustellen, gegen das der Körper lernen muss, sich zu verteidigen. Eine Quasi-Gentherapie, mit dem Unterschied, dass die Impfstoff-Boten-RNA nicht mit dem Genom im Zellkern interagiert und schnell abgebaut wird. (Sciences et Avenir-La Recherche, Januar 2021, S.68)

Obwohl die Studien nicht genügend Menschen über 75, Schwangere oder Babys einschlossen, sind die Ergebnisse da: Bei zwei Injektionen ist die Immunität zu mehr als 90 % wirksam. Die Impfkampagne gegen Covid-19 beginnt. Für potenziell 8 Milliarden Menschen müssen, wenn die Impfstoffe zwei Injektionen erfordern, 16 Milliarden Dosen produziert werden. Und das Ende der Pandemie erfordert, so die Forscher, dass 70 % der Weltbevölkerung geimpft sind. Auch wenn die technische Leistung aufgrund der wissenschaftlichen Forschung kolossal ist, hat das Rennen um die Gewinne auch eine viel schnellere Dynamik als üblich mit sich gebracht. Der Eifer der staatlichen Behörden angesichts einer mächtigen Winterwelle ist so groß, dass die britische Regierung gegen den Rat von Impfpärzten empfiehlt, die zweite Dosis zu verschieben. Die französische Regierung scheint sich dieser Meinung anzuschließen, die gegen die Impfpflicht ist:

Der Entwicklungszyklus eines Impfstoffs wird auf durchschnittlich 12 Jahre geschätzt, bei Gesamtkosten von mehr als 500 Millionen Euro, wobei 70 % der Produktionszeit auf die Qualitätskontrolle entfallen. Darüber hinaus kann sich die Impfstoffindustrie nicht ohne eine enge Zusammenarbeit mit den Regierungen und ihren verschiedenen Gesundheitsbehörden entwickeln: Zusätzlich zu den zahlreichen Eingriffen, die alle Medikamente betreffen, von der Marktzulassung bis zu den Preisverhandlungen, geben die Regierungen Bestellungen für Impfstoffe auf. Dieser Markt ist also berechenbar, sicher, vermeidet die Bevorratung von un-



verkauften und schnell abgelaufenen Impfstoffen, was eine Annehmlichkeit und eine Sicherheit für die produzierenden Labors ist, allerdings zu gut verhandelten Preisen und oft geringen Margen im Vergleich zu vielen anderen Medikamenten. (Françoise Salvadori und Laurent-Henri Vignaud, „Antivax, Widerstand gegen Impfung vom 18. Jhd. bis heute“, Vendémiaire, 2019, S.274)

Andere Impfstoffe wurden von den wissenschaftlichen Behörden nicht zugelassen, weil die Studienergebnisse von anderen Forschern nicht kontrolliert wurden. Die chinesischen Impfstoffe der Firmen Sinopharm, SinoVac, CanSino und die russischen (Sputnik V) gehören dazu, werden aber bereits für bestimmte Gesellschaftsbereiche (medizinisches Personal, Militär...) eingesetzt. Angesichts der Geheimniskrämerei, die jedes „Wundermittel“ umgibt, gepaart mit dem Mangel an internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit, ist das Ziel jedes multinationalen Unternehmens das kostbare Patent des Eigentums und der Verkauf der Produktion.

Impfung: imperialistische Dekadenz oder Enteignung von „Big Pharma“?

Im Jahr 2020 gelten für die Industrialisierung der Impfstoffproduktion die Regeln des kapitalistischen Marktes und die „Verträge“ bleiben ebenso geheim wie die Verkaufspreise.

Die finanziellen Details vieler Kaufverträge sind in Geheimhaltung gehüllt. CEPI,

Großbritannien und die USA bezahlten die Impfstoffe und finanzierten die Forschung für deren Entwicklung. „Oft ist wenig über die Bedingungen bekannt, die an diese Finanzierung geknüpft sind“, sagt Duncan Matthews, ein Spezialist für Patente und Zugang zu Medikamenten an der Queen Mary University in London. (Ewen Callaway, pourlascience.fr, 31. August 2020)

Dank eines Twitter-Fehlers der belgischen Staatssekretärin De Bleeker wurden die von der Europäischen Kommission ausgehandelten Dosispreise am 17. Dezember enthüllt. 1,78 Euro pro Stück für AstraZeneca, 6,93 für Johnson und Johnson, 7,56 für Sanofi/GSK, 10 für Curevac, 14 für Pfizer-BioNtech, 14,68 für Moderna. Das ist billiger als erwartet und das aus gutem Grund: Die EU hatte offenbar zugesagt, die gesamte Vorbestellung, also 2,3 Milliarden Dosen, zu bezahlen, unabhängig von der Wirksamkeit des Impfstoffs! Überall zeigen Handelsvereinbarungen zwischen Großmächten und Großlaboren, dass „reiche“ Länder genug Impfstoff eingekauft haben, um ein Vielfaches ihrer Bevölkerung zu impfen, während arme Länder nicht sicher sind, ob sie Zugang zur Zauberformel haben.

Kanada wird bei erfolgreicher Produktion 9,5 Dosen pro Einwohner haben! Die EU 3,1 Dosen pro Kopf, wie Australien und die Vereinigten Staaten. Indien hat eine Bestellung über 1,2 Milliarden Dosen für 1,4 Milliarden Einwohner aufgegeben... Brasilien liegt derzeit bei 0,7 Dosen/Einwohner. Zu dieser barbarischen Ungleichheit kommt noch der Nationalismus der Kapitalisten und ihrer Staaten hinzu. So haben die Vereinigten Staaten von Trump die „Operation Ward speed“ ins Leben gerufen, die im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen März und Dezember 2020 10 Milliarden Dollar auszahlt. Einige große Unternehmen erhielten Forschungsgelder: Moderna (2,48 Milliarden Dollar), Johnson and Johnson (1,46 Milliarden Dollar), AstraZeneca-Oxford (1,2 Milliarden Dollar), Novavax (1,6 Milliarden Dollar), Sanofi-GSK (2,1 Milliarden Dollar). Pfizer-BioNtech erhielt für die ersten 100 Millionen Dosen 2 Milliarden Dollar im Voraus.

Privat- und Staatsmonopole durchdringen sich im Zeitalter des Finanzkapitals, beide sind nur Glieder im imperialistischen Kampf zwischen den

größten Monopolen um die Aufteilung der Welt. (Lenin, Imperialismus, 1916)

Der Direktor des französischen Unternehmens Sanofi sagte im vergangenen Mai, dass die Vereinigten Staaten den Impfstoff „zuerst“ bekommen werden, was zeigt, dass der Impfstoff kein „globales öffentliches Gut“ ist, wie Macron oder Xi Jinping behaupten. Der französische Imperialismus rechnete übrigens damit, dass sein „Champion“ einen privilegierten Zugang hat, aber Sanofi ist zurückhaltend. Die Realität des Marktes hat nichts mit dem Teilen des Impfstoffs zu tun; die Großmächte verstärken ihre Vorherrschaft über die Schwächeren.

Das Finanzkapital erzeugte die Epoche der Monopole. Die Monopole sind aber überall Träger monopolistischer Prinzipien: An Stelle der Konkurrenz auf offenem Markt tritt die Ausnutzung der „Verbindungen“ zum Zweck eines profitablen Geschäftes. Die gewöhnlichste Erscheinung ist: Bei einer Anleihe wird zur Bedingung gemacht, daß ein Teil der Anleihe zum Kauf von Erzeugnissen des kreditgebenden Landes, vor allem von Waffen, Schiffen usw. verausgabt wird. Frankreich hat in den letzten zwei Jahrzehnten (1890-1910) sehr oft zu diesem Mittel gegriffen. Der Kapitalexport wird zu einem Mittel, den Warenexport zu fördern. Die Abmachungen zwischen den besonders großen Unternehmungen sind dabei derart, daß sie, wie Schilder „gelinde“ sagte „an Korruption gemahnen“.

(Lenin, Imperialismus, 1916).

Das ist eine Rolle, die das imperialistische China heute spielt. Als ein Land, in dem 38 Impfstoffprojekte untersucht werden, ist Peking ein Botschafter gegen das Coronavirus und bietet gleichzeitig einen Kundendienst an. Auf dem China-Afrika-Gipfel am 18. Juni, insbesondere in Anwesenheit der Präsidenten Ägyptens, Kenias, Algeriens und Südafrikas, versprach Xi „vorrangigen Zugang“ zu dem Impfstoff, so wie es sein Premierminister am 24. August für die Mekong-Länder tat. Der chinesische Bonaparte erinnert regelmäßig daran, wie wichtig es ist, „die Zusammenarbeit im Rahmen der 'neuen Seidenstraßen' zu stärken“ (Le Monde, 20. Dezember). Auch die drei großen chinesischen Pharmakonzerne führen überall auf der Welt Studien durch. Sinopharm plant nach eigenen Angaben, 2021 eine Milliarde Dosen zu produzie-

ren, und die Vereinigten Arabischen Emirate haben den Impfstoff bereits vorbestellt. Sinovac hat einen Vertrag über 46 Millionen Dosen mit dem brasilianischen Bundesstaat Sao Paulo unterzeichnet, dessen Gouverneur Joao Doria gegen Bolsonaros Entscheidung für einen US-Impfstoff ist. Was CanSino betrifft, so ist es nur mit einem einzigen Kunden verbunden: der Volksbefreiungsarmee, deren Soldaten geimpft werden. Während die Behörden des Landes die Versuche noch nicht offiziell bestätigt haben, beginnt die Impfkampagne auch in China mit einem Ziel von 50 Millionen besonders gefährdeten Menschen. Bis heute sind 500 Millionen Dosen von 16 Ländern bei Chinas Big Pharma vorbestellt worden.

Die WHO und einige Staaten finanzieren Covax, eine humanitäre Allianz zur Verbreitung von Impfstoffen in armen Ländern. Aber sie hat noch nicht die Mittel (2 von 4,6 Milliarden Dollar), um bis Ende 2021 auch nur 20% der betroffenen Bevölkerung zu impfen :

Die neuen Vereinbarungen betreffen Impfstoffe, deren Wirksamkeit und Sicherheit noch untersucht werden. Einer davon wird von AstraZeneca und der Universität Oxford hergestellt, der andere von Johnson & Johnson. Obwohl die Gespräche noch andauern, sind noch keine Vereinbarungen über den Kauf des FDA-zugelassenen Impfstoffs von BioNtech-Pfizer getroffen worden, der bereits in Ländern wie den USA und Großbritannien eingesetzt wird. (New York Times, 18. Dezember)

Angesichts der Pandemie muss die Arbeiterklasse, die entscheidende Arbeitskraft in Produktion und Pflege, dafür kämpfen, dass der Zugang zur Pflege kostenlos und sicher ist. Das Hindernis auf diesem Weg ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Dadurch werden lebenswichtige Güter wie z. B. Impfstoffe verändert und abgezweigt, um Profit zu machen. Eine marxistische Politik erfordert es, für die Enteignung der großen Pharmakonzerne zu kämpfen und sie unter Arbeiter*innenkontrolle durch ihre Beschäftigten zu stellen. Eine solche Perspektive macht es möglich, alle Geschäfts- und Forschungsgeheimnisse zu lüften und die Forschung in internationaler Zusammenarbeit zu organisieren. Sie öffnet den Weg zur freien Gesundheitsversorgung, zur internationalen Solidari-

tät, um die Produktionsmittel für die Entfaltung der gesamten Menschheit einzusetzen.

Das ist schon etwas ganz anderes als die alte freie Konkurrenz zersplitterter Unternehmer, die nichts voneinander wissen und für den Absatz auf unbekanntem Markte produzieren. Die Konzentration ist so weit fortgeschritten, daß man einen ungefähren Überschlagn aller Rohstoffquellen (beispielsweise der Eisenerzvorkommen) in dem betreffenden Lande und sogar, wie wir sehen werden, in einer Reihe von Ländern, ja in der ganzen Welt machen kann. Ein solcher Überschlagn wird nicht nur gemacht, sondern die riesigen Monopolverbände bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand

zusammen. Es wird eine annähernde Berechnung der Größe des Marktes vorgenommen, der durch vertragliche Abmachungen unter diese Verbände "aufgeteilt" wird. Die qualifizierten Arbeitskräfte werden monopolisiert, die besten Ingenieure angestellt, man bemächtigt sich der Verkehrswege und -mittel - der Eisenbahnen in Amerika, der Schiffahrtsgesellschaften in Europa und in Amerika. In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet.

Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben Privateigentum einer kleinen Anzahl von Personen. Der allgemeine Rahmen der formal anerkannten freien Konkurrenz bleibt bestehen, und der Druck der wenigen Monopolinhaber auf die übrige Bevölkerung wird hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher. (Lenin, Imperialismus, 1916)

Die Enteignung der Großkapitalist*innen von Big Pharma im Weltmaßstab kann nur mit einer weltweiten sozialistischen Revolution vollständig erreicht werden. Diese ist dringend notwendig, um zu verhindern, dass die imperialistische Barbarei die Menschheit und unseren Planeten in den Untergang führt.

Soeben erschienen:

Das Programm der Gruppe KLASSENKAMPF

Ende 2019 fand die zweite ordentliche Konferenz der Gruppe KLASSENKAMPF (Sektion des CoReP) statt. Auf dieser Konferenz wurde das nun in gedruckter Form vorliegende Programm beschlossen.

Drei Monate nach dieser Konferenz brach die Corona-Pandemie mit voller Wucht über die arbeitende Bevölkerung, die lernende Jugend und die Arbeitslosen herein. Wir konnten diese Krise nicht vorhersagen. Sie hat nichts an der Gültigkeit unseres Programms geändert.

Der Sozialismus, für den wir kämpfen | 96 Seiten | Preis: 10,- €



Die Gruppe KLASSENKAMPF im Internet: www.klassenkampf.net

Kontakt:
gruppeklassenkampf@tutanota.com

IMPRESSUM:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien. Offenlegung nach §25 Mediengesetz: 100%-Eigentümer der periodischen Druckschrift KLASSENKAMPF ist die im Parteienverzeichnis registrierte politische Partei GRUPPE KLASSENKAMPF (früher: Trotzistische Gruppe Österreichs/TGÖ). Die Partei ist an keinen anderen Medienunternehmen finanziell beteiligt.

Die Krise des bürgerlichen politischen Systems in den USA und die Aufgaben der Arbeiter*innenklasse

Der „Sturm“ auf das Kapitol in Washington (dem Sitz beider gesetzgebenden parlamentarischen Kammern) am 6. Januar 2021 durch einen vom damaligen Präsidenten Donald Trump aufgehetzten Mob ist ein Alarmsignal für die amerikanische und internationale Arbeiter*innenklasse und ein Beweis für die tiefe Krise des kapitalistischen Systems in den USA.

Die gleiche imperialistische Weltmacht, die sich anmaßt, in allen Teilen der Welt bewaffnete Lektionen in bürgerlicher „Demokratie“ zu erteilen, erlebte einen scheidenden Präsidenten, der sich weigerte, seinem siegreichen Konkurrenten Platz zu machen, und tausende Faschist*innen, die auf seinen Aufruf hin den Sitz der gesetzgebenden Macht stürmten. Sie zeigte sich unfähig, im eigenen Land der Krise der politischen Institutionen Herr zu werden, die Hunderttausende Menschen in die Hände weißer Überlegenheitsfanatiker, faschistischer Milizen und Banden treibt. In einem noch viel größeren Ausmaß macht sie aber ganze Gesellschaftsgruppen zu Feinden des „Systems“: Kleinbürger*innen und Kleinfarmer*innen, Arbeitslose, Jugendliche ohne Perspektive und Senior*innen, die durch die Spekulationen der Banken um ihre Renten gebracht wurden.

Dies wurde bereits durch das Aufkommen der Tea Party im Jahr 2008 vorbereitet, einer bigotten und fremdenfeindlichen Bewegung, die bereits einen großen Einfluss auf die Republikanische Partei hatte. Diese Entwicklung ging einher mit der Zunahme von Angriffen auf Abtreibungszentren und der Aufstellung von rassistischen Milizen gegen Migrant*innen an den Grenzen.

Trump mag ein psychotischer Narziss, ein Soziopath und Lügner – was auch immer – sein: Präsident wurde er 2016 nicht wegen seiner schon damals sichtbaren und bekannten psychologischen Absonderlichkeiten und moralischen Defekte, sondern weil sein Programm weil seine Rhetorik zusätzlich zur traditionellen Wählerschaft der RP jene Schichten mobilisierte, die sich als die Verlierer*innen des vergangenen Jahrzehnts (Subprimekrise, Bankenkrach...) sahen und ihre Wut auf die Demokratische Partei, Migrant*innen und China umlenkte.

Der Trump-Slogan „Make America Great Again“ (*Amerika wieder groß machen*) drückte die Nostalgie nach einer Zeit aus, in der der US-Imperialismus unangefochten über die kapitalistische Welt herrschte. Der Bonaparte konnte 2016 hinter seiner Wahlkampagne den Apparat der Republikanischen Partei, einen Teil der Kapitalisten, Freiberufler, kleine Beamte, die Anhänger

von Verschwörungswebsites und, eher am Rande, verzweifelte Arbeiter*innen vereinen. Weit stärker punktete Trump bei jenen Wählern, die über ein höheres Einkommen als das Mittel der US-Bevölkerung und Angst vor einem Verlust ihrer Privilegien hatten. Diese Schicht war primär weiß, über 45 und eher männlich; bei Frauen war Trump schon damals in der Minderheit.

Ein historisch überholtes, nach Maßstäben selbst der bürgerlichen Demokratien undemokratisches Wahlsystem machte es möglich, dass Trump mit indirekten Stimmen die Kandidatin der DP, Hillary Clinton, schlagen konnte, die mehr Stimmen auf sich vereinen konnte.

Wirtschaftlich ist es neben der Konfrontation mit den alten Rivalen (Japan und Deutschland) in erster Linie der junge und dynamische chinesische Imperialismus, der die USA herausfordert; der Handelskrieg, den Trump führte, war nur die Fortsetzung einer aggressiven Strategie gegen den gefährlichen Konkurrenten, die schon Barack Obama begonnen hatte.

Zugleich wurde das Verhältnis zu den wichtigsten imperialistischen Verbündeten in der EU immer gespannter. Der französische Imperialismus verfolgt in Afrika seine eigenen Ziele und ist nicht ohne weiteres bereit, zum willfährigen Alliierten bei US-amerikanischen Aggressionen zu werden; ähnliches gilt für das deutsche Kapital, das aus ökonomischen und geopolitischen Gründen keinen Konflikt mit dem jungen russischen Imperialismus provozieren will. Im Nahen Osten fordern sogar lokale Mächte (Iran, Türkei...) den US-Imperialismus heraus und profitieren von seinem Scheitern im Irak und in Afghanistan.

Der internationale Niedergang und die Entscheidungen der amerikanischen Großkonzerne haben das Land deindustrialisiert, Einkaufszentren und dann Versandhandelsstrukturen haben das Kleingewerbe ruiniert. Die globale kapitalistische Krise von 2008 hat das Vertrauen der Sparer*innen in das Bankensystem und die staatlichen Aufsichtsorgane erschüttert. Die wirtschaftliche Erholung von 2010 hat dieses Vertrauen nicht wiederhergestellt. Trumps Vorwürfe gegen die „Washingtoner Eliten“ fielen daher auf breiten und fruchtbaren Boden.

Aufgrund der Degeneration der Kommunistischen Internationale und der CPUSA in den 1930er Jahren, der Degeneration der Vierten Internationale und der SWP in den 1960er Jahren gibt es



schon lange keine nationale revolutionäre Arbeiterorganisation mehr, die in der Lage wäre, die Führung in Kämpfen zu übernehmen (und Kandidaten zur Wahl aufzustellen).

1934 trieb die UdSSR-Bürokratie die kommunistischen Parteien der imperialistischen Länder in den Nationalismus und in Volksfronten. Die Kommunistische Partei der USA (CPUSA) unterstützt seither die Demokratische Partei und betreibt eine „Identitätspolitik“, indem sie Bewegungen unter deren kleinbürgerlichen und bürgerlichen Führungen aufwertet. In den 1930er Jahren war es die Trilogie von Rasse, Geschlecht und Klasse, die alle drei auf eine Stufe gestellt wurden; seit den 1970er Jahren ist die Liste endlos gewachsen.

Die Sozialistischen Arbeiter*innenpartei (Socialist Workers Party, SWP) folgte von dem Moment an, als sie sich dem Castriusmus anschloss (1961-1963), dem reformistischen Weg, den die CPUSA eingeschlagen hatte. Wie die CPUSA orientierten die SWP und ihre Jugendorganisation YSA die Bewegung gegen den Vietnamkrieg (NPAC) auf einen Kurs, der einen Flügel der Demokratischen Partei einbinden sollte. Die SWP hielt am bürgerlichen Feminismus fest und kapitulierte vor dem schwarzen Nationalismus, während sie sich vorsichtig von der Selbstverteidigungsbewegung in den Ghettos distanzierte, die sich in Richtung Marxismus entwickelte (Black Panthers Party).

Das Fehlen jeglicher Arbeiter*innenmassenpartei wirkt sich verheerend auf das Klassenbewusstsein der amerikanischen Lohnabhängigen aus. Sie werden zur Manövriermasse der beiden kapitalistischen Parteien, RP und DP, die sich seit Jahrzehnten die politische Herrschaft teilen.

Die Democratic Socialists of America (DSA), mit 85 000 Mitgliedern die stärkste organisierte Kraft in der amerikanischen Arbeiter*innenbewegung ist das linke Feigenblatt für die Demokratische Partei.

Längerfristig ist es unser Ziel, eine unabhängige Arbeiterpartei zu bilden, aber für den Moment schließt dies nicht aus, dass DSA-unterstützte Kandidaten taktisch auf der Liste der Demokratischen Partei kandidieren.

(DSA-Konferenz August 2019, Resolution 31)

Die DSA unterstützte bei den Vorwahlen die Kampagne von Bernie Sanders, der mit seiner sozialen Rhetorik Jugendliche, Schwarze und Hispanos über den Umweg seiner hauptsächlich von den DSA getragenen Unterstützerkomitees an die Demokratische Partei heranführte. Nach der Nominierung Bidens als Kandidat der Demokratischen Partei veröffentlichte die Bürokratie der DSA genau wie die von ihr kontrollierte Zeitschrift „Jacobin“ eine Erklärung, mit der sie für den demokratischen Kandidaten mobilisierten.

Eine Niederlage von Trump wäre für die Arbeiterklasse und für unsere Bewegung eindeutig besser als eine Wiederwahl von Trump. (...)

Im Interesse, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um eine

Niederlage von Trump zu sichern, und um uns mit anderen Organisationen der Linken, der People of Color und derjenigen, die sich für rassische und wirtschaftliche Gerechtigkeit organisieren, zusammenzuschließen, verpflichten wir, die unterzeichnenden Mitglieder der Democratic Socialists of America, uns, in den nächsten vier Wochen freiwillig unsere Zeit für Anrufrkampagnen, Textkampagnen, Klappenputzen und andere organisatorische Maßnahmen einzusetzen, um Trump zu besiegen.

(Mitglieder der DSA organisieren sich gegen Trump, 10 Oktober 2021)

Diese Falle wird von den Bürokratien an der Spitze der Gewerkschaftsverbände (AFL-CIO, CtW), den meisten Organisationen der Unterdrückten (Schwarze, Latinos, Frauen...), den Überbleibseln des Stalinismus (CPUSA, RCP...) verstärkt, die systematisch die Kandidaten der DP unterstützen und behaupten, die imperialistische Partei nach links zu drängen. SALT, die größte Organisation, die sich auf Lenin und Trotzki beruft, vollendete ihren Verrat, indem sie wie die SPUSA dazu aufrief, für den Kandidaten der Grünen Partei zu stimmen, deren Schwesterorganisation in Österreich gemeinsam mit der christlich-demokratischen Partei ÖVP das kapitalistische Land regiert.

Die Verhaftungen durch das FBI zeigen, dass die drei am häufigsten vertretenen Berufe Kleinunternehmer (10 von 107), Polizisten (5) und Immobilienmakler (3) sind. Die Bilder der fanatisierten Trump-Anhänger bei den perfekt durchchoreographierten Massenveranstaltungen vor und während seiner Amtszeit dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Trump bis zu den Wahlen Ende 2020 die Unterstützung bestimmter Fraktionen des amerikanischen Kapitals, darunter der wichtigsten Unternehmerorganisation NAM, genoss. Ein Blick auf die Top-Spender für seinen Wahlkampf 2020 zeigt eine Melange von Investmentgruppen wie Blackstone, Öl- und Eisenbahnkonzernen, Immobiliengiganten und Handelsketten. Weiters unterstützten ihn mit Fox eine wichtige Fernsehanstalt und das bedeutendste Wirtschaftsblatt (Financial Times). Diese Schichten der US-Bourgeoisie können ohne weiteres damit leben, dass ihr Gewährsmann im Weißen Haus, freundlich ausgedrückt, „etwas exzentrisch“ ist, solange er auf dem Boden der amerikanischen Bourgeoisie steht und das Land nicht in ein faschistisches Abenteuer stürzt, für das die Bourgeoisie nicht bereit ist.

Die Konfrontation Trump vs. Biden bei den Wahlen 2020 wurde weniger unter dem Blickwinkel politischer Programme und konkreter Wahlversprechen geführt. Künstlich wurde ein Teil der Bevölkerung (die ländlichen Gebiete und Kleinstädte) gegen einen anderen (die Metropolen) ausgespielt.

Besonders betroffen waren Klein- und Mittelunternehmen von der Wirtschafts- und Corona-Krise. Im Dienstleistungsbereich, in dem fast 80 Prozent der Lohnabhängigen tätig sind, schlug die Krise voll durch. Zwar gab und gibt es seit Beginn der Corona-Pandemie in den USA zunehmende, aber zersplitterte, Streikbewegungen. Sie richteten sich anfangs gegen die ge-



sundheitliche Gefährdung am Arbeitsplatz. Klarerweise gehörten dazu Streikende im Gesundheitsbereich, im Logistikbereich, aber auch in der Großindustrie. Dann folgten Streiks und Proteste gegen Kündigungen und Betriebsschließungen: im März 2020, also vor dem Ausbruch der Pandemie, lag die Arbeitslosenquote bei 3,9 % und schnellte im April auf 14,7 % in die Höhe. Im November, also dem Wahlmonat in den USA, war die Arbeitslosenquote auf 6,7 % zurückgegangen.

Das Fehlen einer sozialistischen Alternative zu allen bürgerlichen Parteien (Grüne, Libertäre Partei, PR, PD) führte im Wahlkampf zum Verstummen der großen Demonstrationen gegen Polizeigewalt und einer Polarisierung, die keinen nennenswerten Raum für den eigenständigen Ausdruck der Interessen der Arbeiter*innenklasse ließ.

Weltweit hat die COVID-19-Pandemie gezeigt, dass der niedergehende Kapitalismus nicht einmal in den reichsten Ländern imstande ist, eine Massenerkrankung effizient zu bekämpfen. Solange der Schutz der Gesundheit der arbeitenden Menschen den Profiten der kapitalistischen Konzerne untergeordnet wird, solange die pharmazeutische Industrie in den Händen großer privater Konzerne liegt, sind wirksame Möglichkeiten zur Eindämmung und zum Sieg über das SARS-COV-2 Virus nicht möglich. In den USA starben 2020 340.000 Menschen an Corona, allein im Dezember 2020 waren es an die 70.000. Für Januar werden 115.000 Todesfälle erwartet.

Die Ignoranz der Trump-Administration gegenüber den Gefahren der Pandemie waren Ausdruck der malthusianischen Ideologie der hyperliberalen und oftmals religiös-fundamentalistischen Verteidiger*innen eines zügellosen Kapitalismus. Trump gehörte zu jener Fraktion der amerikanischen Bourgeoisie, die staatliche Interventionen dann begrüßten und sogar massiv einforderten, wenn sie die Konzerne und ihre Stellung stärkten; nach Innen hingegen schrien sie „Kommunismus“ oder „Sozialismus“, wenn es um Fragen der sozialen Sicherheit, der Bildung oder der Gewinnsteuern ging.

Die Eruption massiver Proteste nach dem Mord an George Floyd am 25. Mai, also schon während der Pandemie, umfassten alle ethnischen Gruppen und zeigten die Zerrissenheit der amerikanischen Gesellschaft.

Aber die Führung der Demonstrationen war gespalten zwischen kleinbürgerlichem Anarchismus und „Identitätspolitik“. Die „Antifas“ konzentrierten sich außerhalb der Arbeiterklasse auf die Konfrontation mit der Polizei. Die BLM-Organisation wendet sich nur an „Schwarze“ und lehnt jede Verbindung mit Ausgebeuteten und anderen Unterdrückten ab, einschließlich Native Americans und Hispanos. So konnte die Bewegung einerseits von der DP als Wahlinstrument genutzt und andererseits von der RP zum Schreckgespenst für ihre weiße reaktionäre Wählerschaft gemacht werden.

Auf diesem Boden, im Schatten Trumps, hat sich die faschis-

tische Bewegung durchgesetzt. Die weißen Herrenmenschen-Milizen und andere Proud Boys gingen bewaffnet auf die Straße, spielten Hilfspolizei gegen die Demonstranten und versuchten, Farbige und Aktivist*innen der Arbeiter*innenbewegung zu terrorisieren.

Diese Bewegung lehnt nicht nur die Demokratische Partei ab, sondern auch den Parlamentarismus, die Kompromisse zwischen RP- und DP-Politikern, den offiziellen Antirassismus, die Gleichberechtigung der Frauen, Toleranz gegenüber Homosexuellen, die Mainstream-Medien, die Migrant*innen... Dem gegenüber gestellt wurde ein amerikanisch-patriotischer „Volkswille“, der sich auf die Verfassung berief, die angeblich von den „Liberalen“ verraten wurde. Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung wurden als perfide Verschwörung zur Unterjochung und Domestizierung des freien amerikanischen Volkes abgelehnt.

Dass in diesem Klima die Anschuldigungen Trumps über einen angeblichen Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen griffen, ist wenig erstaunlich. Während des gesamten Wahlkampfes hatte sich Trump als der Verteidiger von law and order präsentiert, mit dem Einsatz von Bundespolizei und Nationalgarde die Repression während der Proteste gegen den Polizeiterror zugespitzt und Sympathien für die faschistischen Banden geäußert.

Das Komplott in Michigan zur Entführung und Ermordung von Gouverneurin Gretchen Whitmer (DP) im Oktober 2020 war eine ernsthafte Warnung, wie weit die bewaffneten faschistischen Trumpunterstützer zu gehen bereit wären.



Die Tumulte vom 6. Januar können aber keineswegs als versuchter Putsch oder versuchte faschistische Machtergreifung interpretiert werden. Trump hat die Faschisten benutzt, um Druck auf die parlamentarischen Institutionen auszuüben, aber die Faschisten haben ihre eigenen Ziele: die Institutionen zu stürzen, das Patriarchat wiederherzustellen, das Land ethnisch zu säubern. In den Morgenstunden des Tages, an dem im Kapitol die Stimmen der Wahlmänner abgesehnet werden sollten, hatte Trump zu einer Menge von mehreren Tausend Menschen gesprochen und neuerlich behauptet, man wolle ihm die „Wahl stehlen“ – der Auftakt zu jener Demonstration, die dann zum Tumult vor und im Kapitol geführt hatte. Bereits seit Wochen hatten weiße Rassisten, Nazis, Alt Right-Gruppen, Qanon-Anhänger und Milizen für den 6. Jänner mobilisiert. Der Sturm auf den Kongress (wo sich Repräsentantenhaus und Senat versammelten, um die Wahl Bidens zu bestätigen) war also keine Überraschung.

Die Tea Party und dann der korrupte Milliardär schafften es, die Unzufriedenheit der Basis der Republikanischen Partei in der Bevölkerung „gegen Washingtons Eliten“ und Einwanderer zu kanalisieren, aber heute wartet ein Teil dieser Basis nur darauf, dass Trump all diese Leute zur Hölle jagt und beschließt, eine Partei der „wahren Patrioten“ zu schaffen. Aber genau dieser Schritt, den Trump nicht oder noch nicht getan hat, würde dann das Rückgrat einer faschistischen Partei bilden, die für die

Vorbereitung eines Staatsstreichs unverzichtbar wäre.

Warum hat Trump diesen Schritt nicht getan? Warum hat er ganz im Gegenteil, wenn auch nur in Lippenbekenntnissen, seine Anhänger schließlich aufgefordert, nach Hause zu gehen, die Gewalt auf dem Capitol Hill verurteilt und versichert, dass der Übergang zu Biden in geordneten Bahnen verlaufen würde? Weil der größte Teil der amerikanischen Bourgeoisie, ihre Kapitalgeber und Manager der Industrie-, Handels- und Bankkonzerne sowie die Stäbe ihrer Armee, die Chefs der Geheimdienste und der Bundespolizei, das Abenteuer des Faschismus in der gegenwärtigen Situation ablehnen, da sie nicht dazu gezwungen sind. Trump selbst dachte, er könne seine Ziele durch Wahlen erreichen, um eine zunehmend nationalistische und bonapartistische Politik zu betreiben.

Der Handstreich konnte nicht gelingen. Trump, der versprochen hatte, sich ihnen anzuschließen, ließ die Demonstranten ohne Perspektive zurück und die Faschisten wussten nicht, was sie mit dem Capitol anfangen sollten. Die Polizeistationen und Kasernen hatten sich nicht erhoben. Es gab keine Pläne, die Kontrolle über wichtige Infrastrukturbereiche wie Telekommunikationszentren, Serverfarmen, Bahnhöfe, Flugplätze usw. zu übernehmen.

Bemerkenswert ist jedoch, dass (wie die Videos zeigen) Polizeibeamte den Angreifer*innen signalisierten, wo sie eindringen konnten und ihnen den Weg wiesen. Während der Anti-Polizei- und Anti-Rassismus-Demonstrationen in Washington, D.C., hatte die Polizei das Kapitol dicht abgesperrt, die Nationalgarde war in Bereitschaft, und Tränengas, Schlagstöcke und Gummigeschosse wurden eingesetzt, um die Demonstrante*innen brutal zurückzudrängen, die es noch nicht einmal bis zum Eingang des Gebäudes geschafft hatten.

Offensichtlich ist eine Mehrheit der amerikanischen Bourgeoisie und ihrer politischen Vertreter*innen nicht bereit, komplett mit den Traditionen der „amerikanischen Demokratie“ zu brechen. Das System der präsidentialen Demokratie enthält ausreichend bonapartistische Elemente, um mit innen- und außenpolitischen Krisen fertig zu werden. Selbst früher extrem Trump-nahe Senatoren und Abgeordnete des Repräsentantenhauses müssen sich nun von ihm distanzieren, wollen sie nicht Gefahr laufen, in den kommenden Jahren an ihrer Stellung zum in Verruf geratenen Rüpel Trump gemessen zu werden. Ein Beispiel ist Vizepräsident Mike Pence, der Trump bis zur Proklamation des Wahlergebnisses treu gedient hat. Am 6. Januar hat er sich den Regeln und Institutionen des Staates gebeugt. Damit hat er sich möglicherweise schon für die nächsten Präsidentschaftswahlen als möglicher Kandidat der RP in Stellung gebracht.

Obwohl bei der Abstimmung auf dem Capitol Hill schließlich 8 Senatoren und 139 Abgeordnete der Republikanischen Partei gegen Bidens Nominierung stimmten, ist die amerikanische Bourgeoisie heute nicht gezwungen, die gefährliche Karte des

Faschismus zu spielen, weil die amerikanische Arbeiterklasse beiden bürgerlichen Parteien politisch untergeordnet bleibt. In diesem Stadium war es nicht gerechtfertigt, den demokratischen Schleier zu zerreißen, der die Diktatur des Großkapitals verbirgt, und den Staat einem Abenteuerer zu überlassen.

Die Volksfronten auf der einen Seite und der Faschismus auf der anderen Seite sind die letzten politischen Mittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution. (Leo Trotzki, Übergangsprogramm, 1938)

Vom Moment der Wahl an war die Entscheidung der Bourgeoisie klar. Der Fernsehsender Fox zog seine Unterstützung für Trump zurück. Die staatlichen Gerichte und der Oberste Gerichtshof wiesen alle Einsprüche des Anwalts Giuliani und des unterlegenen Kandidaten zurück. Kurz vor dem Einmarsch in das Kapitol verkündeten zehn ehemalige Verteidigungsminister, darunter Mattis und Esper, die in Trumps Kabinett gedient hatten, öffentlich, dass eine Beteiligung der Streitkräfte an Trumps Manövern nicht in Frage komme (Washington Post, 3. Januar). Kurz nach dem Sturm auf das Kapitol und der Auszählung der Wahlmännerstimmen forderten 170 Vertreter*innen von US-Großkonzernen die Anerkennung des Wahlergebnisses und damit die Rückkehr zur politischen Normalität. Zu den Unterzeichnern gehörten Lee S. Ainslie, III, Managing Partner, Maverick Capital; Simon Allen, Chief Executive Officer, McGraw-Hill Education, Inc.; Ajay Banga, Executive Chairman, Mastercard; Jonathan D. Gray, President & COO, Blackstone; Adam M. Blumenthal, Managing Partner, Blue Wolf Capital Partners; Theodore Mathas, Chairman & CEO, New York Life Insurance Company oder Albert Bourla, Chairman & CEO, Pfizer Inc..



Wichtige Financiers der Republikanischen Partei kündigten an, Zuwendungen an Senatoren und sonstige Spitzenpolitiker der RP zu streichen, die sich hinter Trumps Pläne zur Verhinderung der Wahl Bidens gestellt hatten. Dazu gehören Disney, WalMart, Amazon, Dow Chemical, Visa. Andere Konzerne stellten laut eigenen Angaben die Zahlungen an alle Republikanischen PACs (Political Action Committees), unabhängig von deren Haltung zu Trumps Kampagne, ein, darunter Schwergewichte wie Google, Microsoft und Coca Cola.

Das Wesen der Volksfront besteht darin, die Arbeiterorganisationen einer oder mehreren bürgerlichen Parteien, die als fortschrittlich, antifaschistisch oder antiimperialistisch dargestellt werden, unterzuordnen, um den bürgerlichen Staat zu retten und einem revolutionären Aufschwung der Massen entgegenzuwirken. In den USA praktizieren Sanders, die DSA und CPUSA, SAIt, die schwarzen Führer der NAACP oder BLM, die Gewerkschaftsführer der AFL-CIO oder CtW, eine Art umgekehrte Volksfront: Sie werfen die Arbeiterklasse in die Arme einer Ausbeuterpartei, die sie vor nichts schützt.

Die Spitzen der US-amerikanischen Gewerkschaftsverbände haben sich vollständig der Demokratischen Partei untergeordnet. Während in einzelnen Gewerkschaften (Hafenarbeiter, Krankenhauspersonal) klassenkämpferische Locals versuchen,

die Arbeiter*innen für die Verteidigung ihrer Errungenschaften zu mobilisieren, verkaufen die Bürokraten der AFL-CIO ganz offen die Arbeiter*inneninteressen an die Bourgeoisie. So erklärte AFL-CIO-Präsident Richard Trumka nach den Präsidentschaftswahlen am 7. November:

*Die Demokratie setzt sich durch. Joe Biden und Kamala Harris' Sieg in dieser freien und fairen Wahl ist ein Sieg für Amerikas Arbeiter*innenbewegung. (...) Klar ausgedrückt: Gewerkschaftlich organisierte Wähler haben diese Wahl für Biden und Harris ermöglicht. (...)*

*Jetzt steht der AFL-CIO bereit, um dem designierten Präsidenten und der designierten Vizepräsidentin dabei zu helfen, eine längst überfällige Agenda für die Arbeitnehmer*innen umzusetzen.*

(Richard Trumka, „Glückwunsch, Joe Biden!“, 7. November)

Die Rechnung der Gewerkschaftsbürokraten ist offensichtlich: Wir haben die Arbeiter*innen zu euren Gunsten zur Stimmabgabe für Biden bewegt, nun gebt uns wenigstens ein paar Gesetze, die wir unserer Basis als Erfolg verkaufen können.

Alle Gewerkschaftsbürokratien und Vertreter*innenn der „Identitätspolitik“ haben die Bewegung gegen die Polizei in Wahlillusionen kanalisiert, sie alle haben Biden den notwendigen Anstrich gegeben, um ihre Stimmen zu schnappen, um sich vor der Arbeiterklasse und der Jugend als derjenige zu präsentieren, der ihre Wünsche erfüllen wird – oder zumindest einige von ihnen. Was er natürlich nicht tun wird.

Die Bourgeoisie hofft, dass Biden die Ruhe und den Wohlstand der Wirtschaft wiederherstellen kann. Diese Hoffnung ist vergeblich. Die Widersprüche, die den US-Imperialismus bedrängen, werden nicht gelöst werden, im Gegenteil. Der US-Imperialismus kann nicht wie mit einem Zauberstab seine unbestrittene Macht der Vergangenheit zurückgewinnen. Wir leben in Zeiten wirtschaftlicher Auseinandersetzungen und globaler Spannungen zwischen den großen Imperialismen, einer unsichere wirtschaftlichen Erholung, ganz zu schweigen von der Fortsetzung der Coronavirus-Pandemie, die auf Biden warten. Um den US-Imperialismus zu verteidigen, muss er notwendigerweise innenpolitisch die Angriffe auf die Arbeiter*innenklasse, die Bepitzelung der Bevölkerung und die polizeiliche Repression fortsetzen. Nach Außen muss er Trumps aggressive Politik gegen Regierungen, die sich ihm widersetzen (Venezuela, Iran...) und gleichzeitig gegen seine wichtigsten imperialistischen Rivalen (Deutschland, Russland und vor allem China), fortsetzen. Es gibt vielfältige Verbindungen zwischen militärischer Einmischung im Ausland und polizeilicher oder faschistischer Gewalt in den Vereinigten Staaten: Waffen und Ausrüstung, die Ideologie der „Aufstandsbekämpfung“ und des Rassismus, die miteinander verschmolzenen Karrieren der Beamten und der Basis in den Unterdrückungskräften, die Ausbildung ausländischer Polizisten...

All die Frustrationen des amerikanischen Volkes über den Verlust des Einflusses des US-Imperialismus, sowohl als Folge

der wirtschaftlichen Entwicklung als auch als Ausdruck dieses Niedergangs, werden nicht verschwinden, sondern verstärkt werden. Deshalb ist der Angriff auf das Kapitol wenn nicht ein Staatsstreich, so doch eine Warnung an die gesamte US-Arbeiter*innenklasse und darüber hinaus.

Biden wird die Illusionen des Teils der Kleinbourgeoisie, der ihn unterstützt hatte, wegfegen: Freiberufler*innen, leitende Angestellte... Wie alle seine demokratischen Vorgänger wird er wiederum gegen die Arbeiter*innenklasse regieren. So kann der Faschismus, bis er einen Führer und eine Partei findet, immer bedrohlicher werden.

Die Angriffe auf antifaschistische Demonstrationen im vergangenen Jahr, der Sturm auf das Kapitol von Michigan durch bewaffnete Milizen, Brandbombenanschläge auf Gewerkschaftsgebäude während reaktionärer Aufmärsche zeigen, dass das Potenzial der offen zum „Rassenkrieg“ und zur „Ausrottung des Kommunismus“ aufrufenden Gruppen zugenommen hat.

Angesichts der Auswirkungen der Corona- und Gesundheitskrise, dem Versagen des Gesundheitssystems, der schreienden Ungerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung, der Verelendung der Massen durch Betriebsschließungen und Sparmaßnahmen, Firmenzusammenbrüchen, der gesteigerten Ausbeutung, um der chinesischen Konkurrenz Paroli zu bieten, der kolossalen Verschuldung der studierenden Jugend für die Studienkredite, der Obdachlosigkeit, der geschätzten 12 Millionen

„illegalen“ Einwander*innen, dem Polizei- und Staatsrassismus ist eine dringende Notwendigkeit, dass sich die Lohnarbeiter*innen, Arbeitslosen und Prekarierten in den USA – unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht und ihrem legalen Status – zusammenschließen und ihre eigenen Klasseninteressen gegen die Bourgeoisie durchsetzen.

Der Kampf für die Verteidigung und Ausweitung der demokratischen Freiheiten ist für die Lohnabhängigen direkt mit dem Kampf gegen die korrupten Gewerkschaftsbürokratien und die Bürokratien der Massenorganisationen der Unterdrückten verbunden.

In den Vereinigten Staaten ist der Kampf für die Arbeiterdemokratie in erster Linie ein Kampf der Basis um die demokratische Kontrolle ihrer eigenen Organisationen. Das ist die notwendige Bedingung, um den endgültigen Kampf zur Abschaffung des Kapitalismus und zur „Errichtung der Demokratie“ im ganzen Land vorzubereiten. Keine Partei in diesem Land hat das Recht, sich sozialistisch zu nennen, wenn sie nicht entschlossen für die einfachen Arbeiter der Vereinigten Staaten gegen die Bürokraten eintritt.(...) Der Kapitalismus überlebt als Gesellschaftssystem nicht durch seine eigene Stärke, sondern durch seinen Einfluss innerhalb der Arbeiterbewegung, der sich in der Arbeiteraristokratie und der Bürokratie widerspiegelt und ausdrückt. Der Kampf für die Arbeiterdemokratie ist also untrennbar mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden und ist die Bedingung für dessen Sieg. (James P.



Cannon, Sozialismus und Demokratie, 1957)

Die Stellung zur Polizei ist im Übrigen auch ein Prüfstein für die „Identitätspolitik“ der kleinbürgerlichen Linken. Die Akzeptierung dieser „Identitätspolitik“ der Demokratischen Partei und der Führungen der feministischen und Farbigenorganisationen durch die Reformist*innen und Zentrist*innen ist eine Sackgasse. Sie schwächt die Unterdrückten und spaltet die Arbeiter*innenklasse. Nur die Hegemonie der Arbeiter*innenklasse kann zum Sieg führen.

Weder die Hautfarbe noch das Geschlecht machen Menschen „fortschrittlicher“ als andere – „it’s the class struggle, stupid!“. Die jetzige Vizepräsidentin Kamala Harris, von der liberalen Presse wegen Herkunft, Hautfarbe und Geschlecht besonders gefeiert, war im Laufe ihrer politischen Karriere aufgrund all dieser Eigenschaften um nichts besser oder schlechter als andere demokratische oder republikanische Politiker*innen: 2011 vermied sie es als Generalstaatsanwältin von Kalifornien, in Fällen, bei denen Polizisten Schwarze ermordeten, zu intervenieren.

Im Gegensatz zu den Zentrist*innen und Linksreformist*innen aus der CWI-Tradition sagen wir nicht, das Polizist*innen „Arbeiter*innen in Uniform“ sind – sie sind Büttel der herrschenden Klasse und haben in Arbeiter*innenorganisationen nichts verloren.

„Wir können (...) siegen, aber wir brauchen eine kleine bewaffnete Einheit mit der Unterstützung der großen Masse der Arbeiter. Wir brauchen die beste Disziplin, organisierte Arbeiter, Verteidigungskomitees; andernfalls werden wir zermalmt

werden.“ (Trotzki, Diskussion zum Übergangsprogramm, 7. Juni 1938)

Das war es, was die SWP, die amerikanische Sektion der 4. Internationale, 1939 erfolgreich praktiziert hatte, trotz der Ablehnung jeder Einheitsfront durch die SPA und die CPUSA. Sie hatte den Angriff auf faschistische Organisationen in Los Angeles, Minneapolis und New York angeführt und mobilisierte bewusste Arbeiter*innen, darunter viele „kommunistische“ Aktivist*innen, sowie viele junge Jüd*innen und Juden und Afroamerikaner*innen.

Heute betrachten DSA, CPUSA, SAlt, SPUSA... Polizeibeamte als Arbeiter wie alle anderen auch und sprechen nicht von Selbstverteidigung gegen Faschisten. Dennoch ist dies der erste praktische Schritt der revolutionären Massenbewegung um sich zu organisieren und gegen faschistische Banden und die Polizei zu verteidigen, unabhängig von allen Fraktionen der Bourgeoisie, von ihrer Legalität und ihrem Staatsapparat, von ihren Parteien, um den Weg für eine fortschrittliche Alternative zur kapitalistischen Krise und der zunehmenden faschistischen Gefahr zu ebnet – die Arbeiter*innenregierung, die Enteignung des Großkapitals. Die konsequenten revolutionären Militanten müssen sich, wenn sie die revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen wollen, an der es so sehr mangelt, neu gruppieren und die Hauptverfechter dieser Orientierung sein. Sie ist untrennbar mit der Verteidigung ausländischer Arbeiter*innen und Studierender auf amerikanischem Boden und dem Kampf gegen Militarismus und Militärinterventionen im Ausland verbunden.

27.1.2021

Glossar

AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations - Amerikanische Arbeiterföderation und Kongress der Industrieorganisationen), Gewerkschaft

Black Lives Matter (BLM, "Schwarze Leben zählen")

BPP (Black Panthers Party - Schwarze Panther Partei)

CPUSA (Communist Party of the USA - Kommunistische Partei der USA)

CtW (Change to Win Organizing Center - Organisationszentrum Ändern um zu Gewinnen), Gewerkschaft

CWI (Committee of a Workers International – Komitee für eine Arbeiterinternationale)

DP (Democratic Party - Demokratische Partei), liberale bürgerliche Partei

DSA (Democratic Socialists of America - Demokratische Sozialisten Amerikas der USA), reformistische sozialdemokratische Partei

GOP (Grand Old Party – Große Alte Partei), alias RP

NAACP (National Association for the Advancement of Colored People - Nationale Organisation für die Förderung farbiger Menschen)

NPAC (National Peace Action Coalition – Nationale Koalition für Friedensaktionen), Anti-Vietnamkrieg-Bündnis

RCP (Revolutionary Communist Party - Revolutionäre Kommunistische Partei), stalinistisch-maoistische Organisation

RP (Republican Party – Republikanische Partei), konservative bürgerliche Partei, alias GOP

SAlt (Socialist Alternative, leninist-trotskyist – Sozialistische Alternative, leninistisch-trotskyistisch)

SPUSA (Socialist Party USA – Sozialistische Partei der USA)

SWP (Socialist Workers Party - Sozialistische Arbeiter*innenpartei)

YSA (Young Socialist Alliance - Junge Sozialistische Allianz), Jugendorganisation der SWP

Burma-Myanmar

Für den revolutionären Sturz der Militärjunta

Am 1. Februar 2021, nach 10 Jahren des sogenannten demokratischen Übergangs, übernahm der Generalstab der burmesischen Armee zum vierten Mal seit der Unabhängigkeit des 1948 von Briten und Japanern kolonisierten Burma-Myanmar die Macht. Das Militär verhaftete Präsident Win Myint, Premierministerin Aung San Suu Kyi und zahlreiche Parlamentarier der National League for Democracy (NLD), welche die Mehrheit im Parlament, der Unionsversammlung, hat, die einige Stunden später zusammentreten sollte. Die Junta ernannte den Oberbefehlshaber der Armee, Min Aung Hlaing, zum Präsidenten. Die Junta versprach Neuwahlen, allerdings erst nach einem einjährigen Ausnahmezustand.

Wie Trump in den USA zweifelte der General die für ihn ungünstigen Parlamentswahlen vom 8. November 2020 an: Suu Kyis NLD hatte die anderen bürgerlichen Parteien an der Wahlurne zerschmettert, besonders diejenige, die als ziviler Schutzschild für die Armee dient, die Partei der Union, Solidarität und Entwicklung (PUSD). Die NLD gewann 258 Sitze im Repräsentantenhaus, die PUSD 26. Die NLD gewann 138 Sitze in der Nationalitätenkammer, die PUSD 7.

Die Tatsache, dass die Verfassung von der Armee mit Füßen getreten wurde, bedeutet nicht, dass sie demokratisch war. Sie wurde im April 2008 von der ehemaligen Militärjunta entworfen und per Referendum mit über 92% angenommen. Die Verfassung von 2008, die 2011/12 in Kraft trat, garantierte der Junta strafrechtliche Immunität, gestattete, Suu Kyi aus dem Präsidentenamt zu entfernen und reservierte 25 Prozent der Parlamentssitze für das Militär. Der Oberbefehlshaber ernannte auch die Minister für Verteidigung, Inneres und die Grenzen. Darüber hinaus dürfen mehr als 300.000 Rohingya nicht wählen.

Während die Verfassung von 1947 das Grundeigentum an den Staat übertrug, macht die Verfassung von 2008 das Land wieder zu Privatbesitz. Dies wird durch das Gesetz vom 30. Oktober 2018 verschärft, das insbesondere die Enteignung von Minderheiten in der Landwirtschaft erlaubt. Große Unternehmen können beginnen, sich Grund und Bodens anzueignen, was zu massiver Abholzung führt.

Mit dem Gesetz vom 28. März 2012 erkennt der Staat das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und das Streikrecht an, führt aber eine "Schlichtungsstelle" und ein "Schiedsgericht" ein, in dem auch Vertreter des bürgerlichen Staates sitzen.

Suu Kyi, die von den imperialistischen Regierungen Nordamerikas und Westeuropas unterstützt wird und im Mittelpunkt eines richtiggehenden Kults seitens der westlichen Medien steht, unterstützt diese Parodie. Der "demokratische Übergang" ermöglicht die Aufhebung der Sanktionen und die Sicherung ausländischer Investitionen (China, Singapur, Thailand, Südko-



rea, Großbritannien, Japan, Indien, Frankreich, Vereinigte Staaten...). Die Armee und ihre Unternehmen (die offiziellen Mischkonzerne UMEH und MEC sowie der von ihr kontrollierte Handel mit Jade, Holz, Opium, Amphetaminen) profitieren von dem kräftigen Wirtschaftswachstum (mehr als 6 % in 2018 und 2019). Dieses verlangsamte sich mit Beginn der globalen Wirtschafts- und Gesundheitskrise im Jahr 2020 (+2%): Rückgang der Warenexporte, Rückgang des japanischen und chinesischen Tourismus, Anstieg der Gesundheitsausgaben...

Im Jahr 2015 gewann die NLD die Parlamentswahlen mit

großem Vorsprung. Als bürgerliche Partei übertrumpft die NLD mit ihrem Nationalismus sogar den Generalstab: "Die Armee und die NLD, die von den Bamar dominiert wird, teilen die gleiche Ansicht gegenüber Minderheiten" (Le Monde diplomatique, März 2021). Der burmesische Chauvinismus hat starke klerikale (buddhistische - die Religion von etwa 90% der Bevölkerung) und rassistische Untertöne (basierend auf den Bamar, die 68% der Bevölkerung und 100% des Generalstabs bilden).

Ab 2012 wird der "demokratische Übergang" von einem anti-demokratischen Prozess begleitet. Eine Randgruppe der "Shan-ga" (der buddhistischen Geistlichkeit) führt eine rassistische Kampagne gegen die muslimische Minderheit. Im Jahr 2012 boykottierten die Faschisten unter der Führung des Mönchs Wirathu mit Hilfe von Polizei und Armee muslimische Geschäfte, ermordeten im Staat Arakan 200 Rohingyas und vertrieben 140.000 von ihnen. Im Jahr 2013 töteten fanatische buddhistische Bamar in der Region Mandalay mit Hilfe der Polizei 40 Rohingyas und vertreiben 10.000. In den Jahren 2016-2017 zerstören Mönche und die Armee im Bundesstaat Arakan 300 Dörfer und massakrieren 7.000 Menschen. Australien, Malaysia und Indonesien weisen 800.000 Muslime zurück, die nach Bangladesch fliehen. Suu Kyi vertuscht diese ethnische Säuberung. So bezeichnete sie beispielsweise in einer Botschaft an den türkischen Präsidenten Erdogan vom 5. September 2017 die Anprangerung der dortigen Gräueltaten als "Falschinformation"; beiläufig teilt sie ihm mit, dass sie das gleiche Problem wie er mit der PKK in Kurdistan habe.

Am 1. Februar 2021 hob die Junta das Gesetz zum Schutz der Privatsphäre und der Sicherheit der Bürger auf. Um Unordnung zu stiften, entlässt sie 23.000 nach dem Strafrecht verurteilte Gefangene. Am 26. Februar verbot sie die Gewerkschaften.

Der Militärputsch stößt im ganzen Land auf massiven Widerstand. Als sich der Kapitalismus entwickelte, schuf er Unternehmen, Universitäten und Zivilverwaltungen und nahm Beziehungen mit dem Rest der Welt auf. Das von der NLD ins Leben gerufene "Committee Representing Pyidaungsu Hluttaw" (CRPH) ruft eine pazifistische "Bewegung des zivilen Ungehorsams" (MDC-CDM) ins Leben. Die Gewerkschaften, darunter auch die CTUM, unterstützen die Bewegung, indem sie zu tagelangen Streikaktionen aufrufen. Min Aung Hlaing rächt sich, indem er am 26. Februar die Gewerkschaften verbietet.

Tatsächlich starteten die Arbeiter vor Ort einen echten Generalstreik, unbegrenzt im Schienenverkehr, in der Textilindustrie, in den Banken, in der Elektrizitätswirtschaft, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, in den Supermärkten, in den Häfen, in den Fast-Food-Restaurants, in der Post... Diese gigantische soziale Kraft förderte die Mobilisierung der jungen Leute auf den Straßen (junge Arbeiter, Studenten), die die sozialen Netzwerke nutzten. Überall, auch bei der Verteidigung der Demonstrationen, spielen Frauen eine große Rolle.

Der Staat seinerseits verschärfte schnell die Repression. Gegen die Nachrichtenmedien: Internetsperren und Besetzung von Zeitungsredaktionen (Myanmar Now, Democratic Voice of Burma, Khit Thit Media, Mizzima, 7 Day News...). Gegen Streiks: Einschüchterungen in Verwaltungseinrichtungen, Universitäten,

auf Werften und die Vertreibung streikender Eisenbahner aus ihren Häusern. Gegen Demonstrationen: Wasserwerfer, Gummigeschosse, scharfe Munition. Die Junta hat bereits mindestens 70 Menschen getötet und etwa 1.300 inhaftiert (darunter 34 Journalisten).

Das benachbarte China ist die dominierende imperialistische Macht in Burma-Myanmar. Im Januar 2021, kurz vor dem Putsch, hatte der chinesische Außenminister Wang Yi das Land besucht. Doch angesichts der anhaltenden Unruhen beginnt sich sogar die Regierung in Peking Sorgen zu machen.

Die Arbeiter haben Recht, wenn sie gegen die Junta und für die Freilassung der Inhaftierten und demokratische Freiheiten kämpfen. Aber sie sollten ihre Hoffnungen nicht auf die UNO und auf den einen oder anderen imperialistischen Staat setzen, die zwar untereinander um die Aufteilung der Welt kämpfen, sich im Wesentlichen aber einig sind: Burma muss kapitalistisch bleiben, seine natürlichen Reichtümer (Gas, Öl, Gold, Wälder, Jade, Rubine, Kupfer,...) müssen weiterhin ausgeplündert werden, seine Arbeiter*innen auf dem Land und in den Städten müssen weiter ausgebeutet bleiben. Sie sollten sich daran erinnern, dass General Min Aung Hlaing im Jahr 2017 von den europäischen Generalstäben und Waffenhändlern empfangen wurde, als er persönlich das Massaker an den Rohingyas leitete. Das Schicksal der Palästinenser oder der Uiguren zeigt, dass die herrschenden Klassen der Großmächte und die der Nachbarländer sich nicht um die unterdrückten Völker oder die elementarsten Freiheiten scheren.

Während die Arbeiter aus praktischen Gründen manchmal mit der bürgerlichen Opposition und den nationalistischen Führungen der unterdrückten Minderheiten zusammenarbeiten können, sollten sie Suu Kyi und der NLD nicht vertrauen. Die Rivalität der letzteren mit General Min Aung Hlaing und dem Generalstab bewegt sich im Rahmen des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates. Der Armeeputsch ist eine Reaktion auf den Versuch einer Fraktion der burmesischen Bourgeoisie, die von Suu Kyi und ihrer Partei, der NLD, repräsentiert wird, die direkte Kontrolle über Sektoren der Wirtschaft, die unter der Kontrolle der Generäle stehen, wiederzuerlangen.

Das "Committee Representing Pyidaungsu Hluttaw" (CRPH - eine Art Schattenparlament) wird von der NLD geschaffen, um die Protestbewegung zu kontrollieren und sie durch die "Bewegung des zivilen Ungehorsams" (MDC-CDM) auf Pazifismus zu beschränken. In der Tat fürchtet die liberale Bourgeoisie, die NLD und ihre Schattenregierung CRPH den Generalstreik, die Bewaffnung des Volkes und die Bildung von Sowjets mehr als den Generalstab. Die Arbeiter müssen sich daran erinnern, dass Suu Kyi und die NLD bereits 1988 die Massen verraten haben, die in den Generalstreik getreten oder zur Landbesetzung geschritten waren und begonnen hatten, Komitees in den Stadtvierteln aufzubauen. Im Juli wechselte die Armee den General an der Spitze des Staates aus (Sein Lwin statt Ne Win), garantierte ein Mehrparteiensystem und versprach Wahlen. Suu Kyi gründete daraufhin die NLD, um die beginnende Revolution zu unterdrücken und die Student*innen und Arbeiter*innen zu ermutigen, sich nicht zu wehren und der Armee zu vertrauen (Re-de vom 26. August 1988 in der Shwedagon-Pagode in Rangoon).



Im September schlug die Armee die Bewegung nieder (3.000 Tote). Im Jahr 1990 wurden Wahlen abgehalten, die die NLD gewann, aber die Junta behielt die Macht.

Die Arbeitergewerkschaften müssen ihre Unabhängigkeit sowohl von der Junta als auch von der NLD und ihrer CRPH-Regierung bewahren, die ebenfalls im Dienste der Ausbeuter steht. Im Feuer der Aktion müssen die Arbeiter*innen ihre eigene Partei auf der Grundlage des Marxismus von Marx, Engels, Luxemburg, Lenin und Trotzki und ihre eigenen Verteidigungs- und Organisationsstrukturen aufbauen. Überall bilden entschlossene junge Leute, inspiriert von den demokratischen Kämpfen in Hongkong und Thailand, Milizen, um die Demonstrationen zu schützen; in Yangon wurden Barrikaden errichtet, in Rangun setzen sie Molotow-Cocktails ein. In Dawei verteidigen die Guerillas der Karen National Union (KNU) die Demonstranten. Die Polizisten desertieren.

Um den Kampf gegen die Junta zu organisieren, die Waffen zurückzuerobern, die Streikenden und die Demonstranten zu verteidigen: Streikkomitees in den Betrieben, Schaffung eines nationalen Zentralkomitees des Streiks, Komitees in Stadtvierteln, Dörfern, regionale und nationale Zentralisierung der Delegierten organisieren, um die politische Führung der Arbeiter*innen, der Bäuer*innen, der Studierenden und der nationalen Minderheiten zu bilden, die Diktatur zu stürzen und die eigene Regierung zu bilden!

Auch in Thailand haben die Proteste gegen die vom Militär gestützte Regierung wieder zugenommen. Die Arbeiter*innenklasse der Welt ist die einzige soziale Kraft, die der Bewegung der Massen helfen kann, die sich gegen die Militärjunta stellt und die sie nur durch das Entfachen einer sozialen Revolution endgültig besiegen kann:

- **Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. Einstellung aller Anklagen gegen sie.**
- **Legalisierung von Gewerkschaftsorganisationen. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Organisationsfreiheit, Streikfreiheit, Demonstrationsfreiheit...**
- **Recht auf sofortige Rückkehr der Flüchtlinge in ihr Land. Entschädigung für die Rohingyas. Respekt für nationale Minderheiten. Für das Recht der nationalen Minderheiten, sich vom burmesischen Staat zu trennen.**
- **Wiederherstellung des kollektiven Eigentums an Grund und Boden, das den Kooperativen und Komitees der arbeitenden Bauern übergeben wird.**
- **Ein Ende der Verfolgung von Atheist*innen und Muslime. Vollständige Säkularisierung des Staates.**
- **Schluss mit der Unterdrückung von Frauen.**
- **Selbstverteidigung gegen Armee, Polizei und buddhistische Faschisten. Volksmilizen, um die reaktionären Verbände zu entwaffnen, aufzulösen und zu ersetzen.**
- **Enteignung des Großkapitals, ob von der Armee kontrolliert oder nicht, und der ausländischen Konzerne.**
- **- Arbeiter*innen- und Bauernregierung auf der Grundlage von Betriebs-, Nachbarschafts-, Universitäts- und Dorfkomitees. Sozialistische Vereinigte Staaten von Asien.**

14. März 2021

Kollektiv Permanente Revolution
(Deutschland, Frankreich, Österreich,
Spanischer Staat, Türkei)



Das Kollektiv Permanente Revolution im Internet: www.revolucionpermanente.com

Gruppe KLASSENKAMPF

<https://www.klassenkampf.net>

Internaciema Kolektivista Cirklo

<https://www.ikcirklo.org/>

Patronsuz Dünya

<https://www.patronsuzdunya.com/>

Groupe Marxiste Internationaliste

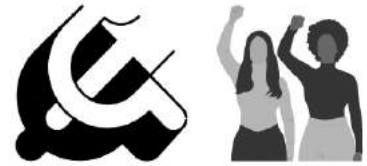
<https://groupemarxiste.info/>

Die Arbeiter können natürlich im Anfange der Bewegung noch keine direkt kommunistischen Maßregeln vorschlagen. (...)

Aber sie selbst müssen das meiste zu ihrem endlichen Siege dadurch tun, daß sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteistellung sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irremachen lassen. Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.

Karl Marx, Friedrich Engels, Jänner 1850

Soziale Revolution heißt Emanzipation der Frauen erkämpfen!



Von der globalen Wirtschafts- und Gesundheitskrise 2020-2021 sind Frauen besonders betroffen, sei es durch die Ansteckungsgefahr in Krankenhäusern, im Reinigungsdienst oder in der Industrie, sei es durch den Abbau bestimmter Tätigkeiten und den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsplatzverlust stieg für Männer um 3,9 Prozent und für Frauen um 5 Prozent (ILO/ILO, 25. Januar 2021).

Überall richten sich "Ehrenmorde", sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen vor allem gegen Frauen. Sie sind besonders von Kriegen betroffen. Achtzig Prozent der 42 Millionen Opfer von Zwangsprostitution sind Frauen, die überwiegende Mehrheit von ihnen Mädchen aus der Arbeiterklasse. Jedes Jahr werden 1,5 Millionen Mädchen gegen ihren Willen verheiratet. Jedes Jahr werden vier Millionen Mädchen sexuell verstümmelt (Beschneidung oder Infibulation). In den imperialistischen Ländern hat der systematische Angriff auf die öffentlichen Dienste durch alle Regierungen besonders die arbeitenden Frauen getroffen.

Alle religiösen Apparate versuchen, Frauen in Unterwürfigkeit zu halten. Reaktionäre politische Strömungen nutzen die Religion, um die von Frauen errungenen Rechte in Frage zu stellen: Daesh (Islamischer Staat) in Syrien und im Irak, Morawiecki und die PiS in Polen, Bolsonaro in Brasilien, Rodrigo Duterte auf den Philippinen, die faschistische Partei Vox in Spanien, Modi und die BJP in Indien, Erdogan und die AKP in der Türkei, Putin in Russland, die Taliban in Afghanistan...

Nichtsdestotrotz haben Arbeiterinnen und Studentinnen in Polen, Spanien, Argentinien, Arabien und vielen anderen Ländern den Kampf gegen Feminizid und die spezifische Unterdrückung, die sie erleiden und für soziale und politische Gleichheit, für die Kontrolle über ihren Körper und ihr Leben angeführt. Seit mehreren Jahren hat es die Anprangerung sexistischer und machistischer Gewalt ermöglicht, die abscheulichen Verbrechen, die sie schon viel zu lange erleiden, öffentlich zu machen.

Der Kampf gegen die Unterdrückung der Geschlechter kann nicht den sozial ausbeutenden oder Mittelklassen überlassen werden. Der kleinbürgerliche Feminismus, der sich auf einige wenige universitäre Fachbereiche stützt, addiert unter dem Etikett "Intersektionalität" Unterdrückungen auf, ohne ein reales Ergebnis zu verfolgen, und neigt dazu, Frauen gegen alle Männer auszuspielen. Mit Unterstützung der Massenmedien beschränkt sich der bürgerliche Feminismus darauf, die Situation der Frauen der Ausbeuterklasse zu verbessern, indem er ihnen mehr Positionen in der Politik oder in kapitalistischen Unternehmen verschafft. Nur die Arbeiterklasse kann, indem sie die Führung im Kampf gegen alle Arten von Unterdrückung übernimmt, denen die Menschen unterworfen sind (aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer Nationalität, ihrer ethnischen Eigenschaften, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Atheismus, ihrer Religion...), die Gleichheit zwischen Männern und Frauen erreichen und die gesamte Menschheit

emanzipieren.

Deshalb muss der Kampf für die Emanzipation der Frauen die Sache der gesamten Arbeiter*innenbewegung sein. Um die Arbeiterklasse zu vereinen und Allianzen mit Student*innen, Bäuerinnen, Beamt*innen ... zu bilden, müssen die Arbeiter*innenorganisationen das Recht auf Selbstorganisation der arbeitenden Frauen anerkennen und sich aktiv für die Verteidigung der Freiheit und Gleichheit der Frauen in allen Bereichen einsetzen, für die Verteidigung ihres Rechts, über ihr Leben, ihren Körper und ihren Gebärwillen zu bestimmen, für die Verteidigung all ihrer Forderungen als Arbeiterinnen, die besonders ausgebeutet und unterdrückt werden.

Volle rechtliche Gleichstellung. Verteilung der Arbeit auf alle, durch Verkürzung des Arbeitstages ohne Lohnsenkung, bis die Arbeitslosigkeit abgebaut ist. Gegen prekäre Arbeit. Wirkliche Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen. Löhne, Sozialleistungen und Renten, die allen Lohnabhängigen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Ausreichende, kostenlose und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen, die von Arbeiter*innen beiderlei Geschlechts für Ortswechsel, Kinderbetreuung und die Pflege von Kranken und hilflosen Personen in Anspruch genommen werden können. Annehmbare Wohnungen für alle Arbeiter*innen. Sofortige Beseitigung aller Religionen aus den Schulen, für eine öffentliche, säkulare, freie und koedukative Schule. Keine direkte oder indirekte Förderung von Religionen. Wissenschaftliche Sexualerziehung, die auf Liebe und Respekt für die eigene sexuelle Freiheit und die der anderen basiert, unabhängig von der eigenen Orientierung. Freie und kostenlose Verhütung und Abtreibung auf Kosten des öffentlichen Gesundheitswesens. Allgemeine, kostenlose und säkulare öffentliche Gesundheitsversorgung. Respekt und angemessene medizinische Behandlung von spezifisch weiblichen Krankheiten und Krankheitsbildern. Kostenlose Monatshygieneprodukte. Für das Verbot und die Bestrafung von Zuhälterei. Verbot der Leihmutterchaft. Das Recht auf freien und sicheren Grenzübergang für alle Arbeitnehmerinnen und junge Menschen in Ausbildung. Gegen Macho-Justiz und mediale Lynchjustiz aller Art. Säuberung der Justiz von allen reaktionären Richtern. Für eine echte, nicht-sexistische, demokratische Justiz, in der die Richter von den Arbeiter*innenräten gewählt und abgewählt werden können. Selbstverteidigung von Frauen gegen Macho-Gewalt.

Die von diesem Programm überzeugten Aktivisten müssen für eine Arbeiter*innengierung mit Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für den internationalen Sozialismus, kämpfen.

8. März 2021

Kollektiv Permanente Revolution (Deutschland, Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)

W.I. Lenin:

Dem Andenken der Kommune

Vor 150 Jahren erhob sich die werktätige Bevölkerung von Paris und schuf mit der Commune das erste Beispiel für einen Arbeiter*innenstaat. Der folgende Artikel Lenins zum Gedenken an den 40. Jahrestag der Commune erschien am 15. April 1911 in Paris in der „Rabotschaja Gaseta“ Nr. 4/5.

Vierzig Jahre sind seit der Proklamierung der Pariser Kommune vergangen. In traditioneller Weise hat das französische Proletariat durch Kundgebungen und Demonstrationen das Andenken an die Männer der Revolution des 18. März 1871 geehrt; Ende Mai wird es wieder Kränze zu den Gräbern der erschossenen Kommunarden, der Opfer der grauenvollen „Maiwoche“, tragen und an ihren Gräbern erneut den Schwur leisten, ohne Ruh und Rast zu kämpfen bis zum vollkommenen Triumph ihrer Ideen, bis zur vollständigen Erfüllung ihres Vermächtnisses.

Warum ehrt eigentlich das Proletariat, nicht nur das französische, sondern das der ganzen Welt, in den Männern der Pariser Kommune seine Vorläufer? Und worin besteht das Vermächtnis der Kommune?

Die Kommune entstand spontan; niemand hatte sie bewusst und planmäßig vorbereitet. Die Niederlage im Krieg gegen Deutschland; die Leiden während der Belagerung; die Arbeitslosigkeit unter dem Proletariat und der Ruin des Kleinbürgertums; die Empörung der Massen über die oberen Klassen und über die Behörden, die ihre völlige Unfähigkeit erwiesen hatten; das dumpfe Gären in den Reihen der Arbeiterklasse, die mit ihrer Lage unzufrieden war und eine andere soziale Ordnung anstrebte; die reaktionäre Zusammensetzung der Nationalversammlung, die für das Schicksal der Republik fürchten ließ – all das und noch vieles andere traf zusammen, um die Pariser Bevölkerung zur Revolution des 18. März anzuspornen, die die Macht unerwartet in die Hände der Nationalgarde legte, in die Hände der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums, das sich der Arbeiterklasse angeschlossen hatte.

Das war ein in der Geschichte noch nie dagewesenes Ereignis. Bis dahin hat-

te die Macht gewöhnlich in den Händen der Gutsbesitzer und Kapitalisten gelegen, d. h. in den Händen ihrer Vertrauensleute, die die sogenannte Regierung bildeten. Nach der Revolution des 18. März aber, als die Regierung des Herrn Thiers mit ihren Truppen, ihrer Polizei und ihren Beamten aus Paris geflüchtet war, blieb das Volk Herr der Lage, und die Macht ging an das Proletariat über. Aber in der modernen Gesellschaft kann das vom Kapital ökonomisch unterjochte Proletariat nicht politisch herrschen, ohne die Ketten zerbrochen zu haben, die es an das Kapital schmieden. Darum eben musste die Bewegung der Kommune unweigerlich sozialistische Färbung annehmen, das heißt, sie musste beginnen, danach zu streben, die Herrschaft der Bourgeoisie, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen, die Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu vernichten.

Zunächst war diese Bewegung überaus buntscheckig und unbestimmt. Ihr schlossen sich auch Patrioten an in der Hoffnung, dass die Kommune den Krieg gegen die Deutschen wiederaufnehmen und zu einem glücklichen Ende führen werde. Sie fand die Unterstützung der Kleinhändler, denen der Ruin drohte, falls die Einlösung der Wechsel und die Bezahlung der Wohnungsmiete nicht gestundet werden (diese Stundung wollte ihnen die Regierung nicht gewähren, die Kommune dagegen gewährte sie). Schließlich sympathisierten mit ihr in der ersten Zeit zum Teil auch die bürgerlichen Republikaner, die befürchteten, dass die reaktionäre Nationalversammlung (die „Krautjunker“, die ungehobelten Gutsbesitzer) die Monarchie wiederherstellen würde. Doch die Hauptrolle spielten in dieser Bewegung natürlich die Arbeiter (insbesondere die

Pariser Handwerker), unter denen in den letzten Jahren des Zweiten Kaiserreichs eine wirksame sozialistische Propaganda betrieben worden war und von denen viele sogar der Internationale angehörten.

Nur die Arbeiter blieben der Kommune bis zum Ende treu. Die bürgerlichen Republikaner und die Kleinbürger fielen bald von ihr ab: Die einen wurden abgeschreckt durch den revolutionär-sozialistischen, proletarischen Charakter der Bewegung; die anderen zogen sich zurück, als sie sahen, dass die Bewegung zu einer unabwendbaren Niederlage verurteilt war. Nur die französischen Proletarier unterstützten furchtlos und unermüdlich ihre Regierung, nur sie kämpften und starben für sie, das heißt für die Befreiung der Arbeiterklasse, für eine bessere Zukunft aller Werktätigen.

Die Kommune, von ihren gestrigen Verbündeten im Stich gelassen und von niemand unterstützt, musste unvermeidlich eine Niederlage erleiden. Die gesamte Bourgeoisie Frankreichs, alle Gutsbesitzer, Börsenjobber, Fabrikanten, alle großen und kleinen Diebe, alle Ausbeuter hatten sich gegen sie verbündet. Dieser bürgerlichen Koalition, die von Bismarck unterstützt wurde (der zur Niederwerfung des revolutionären Paris 100.000 französische Soldaten aus deutscher Gefangenschaft entließ), gelang es, die unaufgeklärten Bauern und Kleinbürger der Provinz gegen das Pariser Proletariat aufzuputschen und die eine Hälfte von Paris mit einem eisernen Ring zu umklammern (die andere Hälfte war von der deutschen Armee belagert). In einigen Großstädten Frankreichs (Marseille, Lyon, St. Etienne, Dijon und anderen) unternahmen die Arbeiter gleichfalls Versuche, die Macht zu ergreifen, die Kommune zu proklamieren und Paris zu Hilfe zu eilen,

aber diese Versuche scheiterten rasch. So blieb Paris, das zuerst das Banner des proletarischen Aufstands erhoben hatte, sich selbst überlassen und war dem sicheren Untergang geweiht.

Zur siegreichen sozialen Revolution bedarf es mindestens zweier Vorbedingungen: Die Entwicklung der Produktivkräfte muss eine hohe Stufe erreicht haben, und das Proletariat muss vorbereitet sein. 1871 fehlten jedoch diese beiden Vorbedingungen. Der französische Kapitalismus war noch wenig entwickelt, und Frankreich war damals ein überwiegend kleinbürgerliches Land (ein Land der Handwerker, Bauern, Kleinhändler u. a. m.). Andererseits war keine Arbeiterpartei vorhanden, es fehlte die Vorbereitung und lange Schulung der Arbeiterklasse, die in ihrer Masse noch nicht einmal eine völlig klare Vorstellung von ihren Aufgaben und den Methoden zu ihrer Lösung hatte. Es gab weder eine ernsthafte politische Organisation des Proletariats noch umfassende Gewerkschaften und Genossenschaften ...

Was aber der Kommune vor allem fehlte, war die Zeit, sich ungehindert auf sich selbst zu besinnen und an die Verwirklichung ihres Programms zu gehen. Kaum hatte sich die Kommune ans Werk gemacht, als die in Versailles sitzende Regierung, von der gesamten Bourgeoisie unterstützt, die militärischen Operationen gegen Paris eröffnete. Und die Kommune musste in erster Linie an die Selbstverteidigung denken. Bis zu ihrem Ende, am 21.–28. Mai, hatte sie nicht die Zeit, ernstlich an etwas anderes zu denken.

Übrigens vermochte die Kommune, trotz der so ungünstigen Umstände, trotz der Kürze ihres Bestehens, einige Maßnahmen zu treffen, die ihren wahren Sinn und ihre Ziele zur Genüge charakterisieren. Die Kommune ersetzte das stehende Heer, dieses blind wirkende Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen, durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes; sie proklamierte die Trennung von Kirche und Staat; sie strich den Etat für Kultuszwecke (d. h. die staatlichen Gehälter der Pfaffen); sie verlieh der Volksbildung einen rein weltlichen Charakter und versetzte dadurch den Gendarmen im Priesterrock einen empfindlichen Schlag. Auf rein sozialem Gebiet konnte die Kommune aus Zeitmangel nur wenig tun, aber auch dieses

wenige offenbart mit genügender Klarheit ihren Charakter als Volks-, als Arbeiterregierung: Die Nachtarbeit in den Bäckereien wurde verboten; das System der Geldstrafen, diese legalisierte Ausplünderung der Arbeiterschaft, wurde aufgehoben; schließlich wurde das berühmte Dekret erlassen, nach dem alle Fabriken, Betriebe und Werkstätten, die von ihren Besitzern verlassen oder stillgelegt worden waren, an Arbeitergenossenschaften zur Wiederaufnahme der Produktion übergeben wurden. Und gleichsam um ihren Charakter als wahrhaft demokratische, proletarische Regierung zu betonen, setzte die Kommune fest, dass die Gehälter aller Verwaltungs- und Regierungsbeamten den normalen Arbeiterlohn nicht überschreiten und unter keinen Umständen höher als 6000 Francs im Jahr (weniger als 200 Rubel im Monat) sein dürfen.

Alle diese Maßnahmen zeugten deutlich genug davon, dass die Kommune eine tödliche Bedrohung für die alte, auf Knechtung und Ausbeutung beruhende Welt war. Darum konnte die bürgerliche Gesellschaft nicht ruhig schlafen, solange auf dem Pariser Rathaus die rote Fahne des Proletariats wehte. Und als es endlich der organisierten Regierungsgewalt gelungen war, über die schlecht organisierte Macht der Revolution die Oberhand zu gewinnen, da veranstalteten die von den Deutschen geschlagenen bonapartistischen Generale, die nur gegen ihre besiegten Landsleute mutig waren, diese französischen Rennenkämpfers und Möller-Sakomelskis, ein Gemetzel, wie es Paris noch nie gesehen hatte. Etwa 30.000 Pariser wurden von der vertierten Soldateska ermordet, rund 45.000 wurden verhaftet und viele von ihnen in der Folge hingerichtet, Tausende wurden zu Zuchthaus und Verbannung verurteilt. Paris verlor insgesamt etwa 100.000 seiner Söhne, darunter die besten Arbeiter aus allen Berufen.

Die Bourgeoisie war zufrieden. „Jetzt ist es mit dem Sozialismus für lange Zeit aus!“ erklärte ihr Führer, der blutgierige Zwerg Thiers, nach dem Blutbad, das er mit seinen Generalen dem Pariser Proletariat bereitet hatte. Doch diese bürgerlichen Unkenrufe waren vergebens. Kaum sechs Jahre nach Niederschlagung der Kommune, als noch viele ihrer Kämpfer im Zuchthaus und in der Verbannung schmachteten, setzte in Frankreich

schon eine neue Arbeiterbewegung ein. Eine neue sozialistische Generation, bereichert durch die Erfahrungen ihrer Vorgänger, doch keineswegs entmutigt durch deren Niederlage, ergriff das Banner, das den Händen der Kommunekämpfer entglitten war, und trug es zuversichtlich und mutig voran unter den Rufen: „Es lebe die soziale Revolution! Es lebe die Kommune!“ Und wieder ein paar Jahre später zwang die neue Arbeiterpartei und die von ihr im Lande entfachte Agitation die herrschenden Klassen, die noch in den Händen der Regierung verbliebenen gefangenen Kommunarden auf freien Fuß zu setzen.

Das Andenken an die Kommunekämpfer wird nicht nur von den französischen Arbeitern, sondern auch vom Proletariat der ganzen Welt in Ehren gehalten. Denn die Kommune kämpfte nicht für irgendeine lokale oder eng nationale Aufgabe, sondern für die Befreiung der gesamten werktätigen Menschheit; aller Erniedrigten und Verachteten. Als Vorkämpfer der sozialen Revolution gewann die Kommune Sympathien überall dort, wo das Proletariat leidet und kämpft. Das Bild ihres Lebens und Sterbens, der Anblick einer Arbeiterregierung, die von einer Metropole der Welt Besitz ergriffen und sie länger als zwei Monate in Händen gehalten hatte, das Schauspiel des heldenmütigen Kampfes des Proletariats und seiner Leiden nach der Niederlage – das alles hob den Mut von Millionen Arbeitern, erweckte ihre Hoffnungen und wandte ihre Sympathien dem Sozialismus zu. Der Donner der Pariser Kanonen hat die rückständigsten Schichten des Proletariats aus ihrem tiefen Schlaf geweckt und überall den Anstoß für eine Intensivierung der revolutionär-sozialistischen Propaganda gegeben. Darum eben ist die Sache der Kommune nicht tot; sie lebt bis auf den heutigen Tag in jedem von uns.

Die Sache der Kommune – das ist die Sache der sozialen Revolution, die Sache der völligen politischen und wirtschaftlichen Befreiung der Werktätigen, die Sache des Weltproletariats. Und in diesem Sinne ist sie unsterblich.

Marxistischer Studienzirkel: „Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis“



Seit Februar 2020 leben die Lohnabhängigen in Österreich unter einem faktischen Ausnahmezustand, der mal härter, mal milder daherkommt. Den Hintergrund haben wir in Artikeln und Flugblättern immer wieder erklärt: die österreichische herrschende Klasse hat mit der Einsetzung von Sebastian Kurz als ihrem zentralen politischen Repräsentanten ein klares Bekenntnis zu einem autoritären Kurs abgelegt. Schon in der ersten türkis-blauen Regierung war offensichtlich, dass sich die traditionelle Partei des österreichischen Bürgertums von den bürgerlich-demokratischen Traditionen abgewendet hat und hin zu einem neuen Herrschaftsmodell steuert, das wenig Platz für Opposition bieten soll. Selbst die parlamentarische Hülle, die nur den Eindruck der Demokratie erwecken soll (die Entscheidungen fielen und fallen ganz woanders) ist für die herrschende Klasse lästig geworden.

Die Corona-Krise war nur der willkommene Anlass für die Türkisenen auszuloten, wie weit man mit einem (Not)Verordnungsregime gehen kann. Die Auftritte von Messias Kurz, seinem Büttelkommandeur Nehammer und dem gesundheitspolitisch fünften Rad am Wagen Anschöber dienten einerseits der Verbreitung geradeganz apokalyptischer Panikmache, andererseits der Verkündigung massiver Einschränkungen von Grundrechten. Prinzipiell richtige Maßnahmen wie Quarantäne oder Lockdowns wurden – da mit staatlichem Zwang und im Interesse der kapitalistischen Profitwirtschaft inkonsequent angeordnet – dadurch weitgehend wirkungslos. Es ging in erster Linie nicht um die Gesundheit der (arbeitenden) Masse der Bevölkerung, es ging um Ausgangssperren, de-facto-Demonstrationsverbote und eine Befugnisserweiterung für die Polizei.

Im Kapitalismus ist eine solidarische, freiwillige Krisenbekämpfung nicht möglich, weil das Hauptinteresse die Aufrechterhaltung des auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeits-

kraft beruhenden Profitsystems ist.

Die Notwendigkeit, die Gefährdung durch das Corona-Virus so gering wie möglich zu halten, hat auch uns von der Gruppe KLASSENKAMPF dazu veranlasst, bei der politischen Arbeit strenge Sicherheitsmaßnahmen einzuhalten. Wir haben viele Gespräche und Diskussionen daher in den virtuellen Raum verlegt.

Sehr erfolgreich konnten wir so im Rahmen des MARXISTISCHEN STUDIENZIRKELS (MSZ) einen auf acht Abende konzipierten Theoriezyklus über Lenins berühmtes Buch „Staat und Revolution“ durch-

sammen. Vor allem seine Analyse des Staates als einem Instrument einer Klasse zur Unterdrückung der anderen ist heute genauso aktuell wie damals, ebenso wie die Entlarvung der bürgerlichen Demokratie als einer bürgerlichen Klassendiktatur.

Immer wieder haben die Teilnehmer*innen die unübersehbaren Parallelen zur Gegenwart erkannt und diskutiert.

Für die Videokonferenzen verwenden wir die quelloffene Plattform Jitsi, die den Vorteil bietet, dass keine Installation von Software notwendig ist und die Diskussionsräume end-to-end-verschlüsselt sind.

Die einzelnen Abende wurden jeweils mit Referaten eingeleitet, zu denen Präsentationsfolien eingeblendet wurden. Anschließend gab es Diskussionsrunden. Ab der zweiten Hälfte des Schulungszyklus wurden auf Initiative einer teilnehmenden Genossin passende Musik- oder Videoclips eingespielt. Zwei ausschließliche Diskussionsabende zur Behandlung von komplexeren Fragen rundeten diesen Teil des MSZ ab. Alle Abende wurden als mp3-Files aufgezeichnet, ein eigenes Bulletin mit Hintergrundmaterial ergänzte die Lektüre von „Staat und Revolution“.

Fortgesetzt wird der MSZ mit zwei Abenden, in denen konkret die Erfahrungen der Sowjets (Räte) in und nach der Russischen Revolution behandelt werden, zwei weitere Abende werden sich schwerpunktmäßig mit der Rolle der Frauen in der Revolution und den Maßnahmen in Sowjetrußland zur Befreiung der Frauen befassen.



Erste Seite von Lenins Manuskript zu „Staat und Revolution“

führen und abschließen.

In diesem Text, den Lenin vor der Oktoberrevolution 1917 zwischen August und September in seinem Versteck in Finnland schrieb (die Bolschewistische Partei war verboten, ihre Führer in Haft oder untergetaucht), fasste er die marxistische Lehre vom Staat zu-

Interessent*innen sind herzlich eingeladen, am MSZ teilzunehmen. Informationen über die Teilnahme könnt ihr unter marxistischerstudienzirkel@tutanota.com anfordern.